

# TÜRKEI

## Informationen

**mach  
mit!**

27 DEZ. 80 /  
3 JAN. 81

FIDEF



*Aus wert raus!*

**WOCHE DER  
FREUNDSCHAFT**

Ø80

**GEGEN DIE  
AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT**

Dezember '80

**EIN GRAFISCHER  
BLICK AUF SEINE  
GEDICHTE**

**SİİRLERİNE  
ÇİZGİLERLE  
BİR BAKIŞ**



**NAZIM  
HİKMET**

**esien!**



**TRAURIGE FREIHEIT**

Dein Kopf hängt,  
er scheint vom Nacken sich trennen zu wollen,  
Deine Arme baumeln herab,  
mit Deiner großen Freiheit stromerst Du umher.  
Mit der Freiheit des Arbeitslosen  
bist Du frei.

**BİR HAZİN HÜRRIYET**

Başın enseden kesik gibi düşük,  
kolların iki yanda upuzun,  
büyük hürriyetinle dolayıp durursun,  
işsiz kalmak hürriyetiyle,  
hürsin!

NAZIM HİKMET

Lichtstraße 31 · 4000 Düsseldorf 1  
**FIDEF**

FEDERAL ALMANYA İŞÇİ BERNKİLERİ FEDERASYONU · Başlı Kartım · 10,- DM  
FEDERATION DER TÜRKISCHEN ARBEITERVEREINE IN DER BRD e.V. · Spendenkarte

Die Nazım-Hikmet-Karten können  
als ein 10er Sortiment für DM 5,—  
beim FIDEF-Bundesvorstand bestellt  
werden.

**TÜSTAV**

*Ein fröhliches Weihnachtsfest und  
ein schönes neues Jahr wünschen  
allen unseren Lesern die Redaktion  
und die Technik der Türkei-Informationen*

Leserbriefe 4

### STANDPUNKT

Grundrechte auch für Ausländer 5

### TÜRKEI

Schwere Waffen für den Tag „X“ 6  
Bonn's technische Hilfe für Folterspezialisten 7  
Auch Verleger Erdost zu Tode gefoltert 8  
Bericht aus der Haftanstalt Bursa 8  
48 Todesurteile 9  
Ehemalige Bürgermeister von Istanbul verhaftet 10  
Junta will Asylanten und Oppositionelle ausbürgern 11  
Verfolgung der Lehrer 11  
Bündnis mit Herrschenden ohne Zukunft 12  
Streichungen im Sozial und Bildungsetz 13  
Türkei-Hilfe hilft der Rüstungsindustrie der BRD 14  
Landwirtschaft als Rettungsring? 14  
Türkei und die UdSSR 16  
Türkei im Spätsommer 1980 17  
Türkei-Israel: Beziehungen eingefroren 18  
Kommission gebildet 18  
Militärjunta unterdrückt die Gewerkschaftsbewegung 19

### BUNDESREPUBLIK

Bundesweite Initiative 20  
Woche der Freundschaft angekündigt 21  
Aufhebung des Visumszwanges 21  
Dortmund wehrt sich - mit ihren deutschen und ausländischen Mitbürgern 22  
Dunkle Beziehungen der FAZ zu Türkes 23  
Kreisdelegiertenversammlung des DGB Offenbach: 23

### INTERVIEW

Claudia Schulmerich, GEW-Hessen 25

### BILDUNGSSITUATION AUSLÄNDISCHER KINDER UND JUGENDLICHE

„Rechtsextremisten in Koran-Kursen weiterhin geduldet“ 27  
Schüler von nationalistischem Lehrer  
krankenhausreif geschlagen 28  
Ausländerkinder sollen benachteiligt bleiben 29

### KUNST & KULTUR

Geschaffen von anatolischen Frauen 30  
„Türkei-Woche“ in West-Berlin abgesetzt 31  
Nazim Hikmet in West-Berlin 31

HERAUSGEBER:

# FIDEF

Föderation der Arbeitervereine der Türkei  
in der BRD e.V.

Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1  
Telefon: 0211/ 66 42 84

# Leserbriefe

**Liebe Freunde!**

Ich habe im September die „Türkei-Informationen“ abonniert. Leider habe ich immer noch nicht die November-Nummer erhalten. Ich würde mich freuen, wenn Sie das Versäumnis bald nachholen könnten.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch Ihrer Bitte Folge leisten und Ihnen meine Meinung zu Ihrer Zeitschrift kurz mitteilen.

Themenauswahl und Aufmachung der Zeitschrift gefällt mir sehr gut. Mein Hauptkritikpunkt ist hingegen folgender: In vielen Artikeln ist ziemlich allgemein die Rede von fortschrittlichen Kräften einerseits aber auch von Reaktionsären und/oder Maoisten andererseits. Ich würde es sehr begrüßen, wenn solche Informationen konkreter wären. Z.B. heißt es in TI 9-10/80 S. 17 „empfehlen ihm, sich an eine in Istanbul erscheinende maoistische Zeitung zu wenden“... „Die Vermittlerdienste des Geheimdienstes für die Maoisten“. Warum schreiben Sie nicht, wie die Zeitung heißt (Aydinlik?) und an welche Organisation der Geheimdienst vermittelt. Solche Konkretisierungen sind nicht zuletzt auch deshalb interessant, weil in der BRD eine Vielzahl türkischer Organisationen in die Öffentlichkeit treten (bei Demonstrationen, durch Aufkleben und Graffiti), über die man vielleicht auf diese Weise etwas mehr erfahren könnte. Vielleicht könnten Sie einmal die verschiedenen in der BRD aktiven Organisationen kritisch vorstellen.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Lothar A. Heinrich

○

Wir bestätigen gerne, daß der Geheimdienst MIT den abgesprungenen „Grauen Wolf“ Ali Yurtaslan an die maoistische TIKP (sogenannte „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“) und ihre Zeitung „Aydinlik“ vermittelt.

Die Redaktion.

●

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Forschungsstelle Ausländische Arbeiterkinder an der Pädagogischen Hochschule Freiburg möchte Ihnen hiermit eine neue Zeitschrift vorstellen: „Ausländerkinder – Forum für Schule & Sozialpädagogik“. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und soll im Interesse der Ausländerkinder den Erfah-

rungsaustausch der in diesem Bereich tätigen Pädagogen fördern. Insbesondere Lehrern sollen vielfältige didaktische Anregungen und Hinweise gegeben werden, die ihnen die Arbeit in diesem mit Unterrichtsmaterialien und wissenschaftlichen Untersuchungen noch relativ wenig abgedeckten Bereich erleichtern.

Darüberhinaus ist es unser Ziel, die Kommunikation aller mit dem Problem „Ausländerkinder“ in irgendeiner Form befaßten pädagogischen und politischen Instanzen zu fördern bzw. in allen davon tangierten Bereichen Impulse für ein Engagement im Interesse der Ausländerkinder zu geben.

Aus diesen Gründen sind wir an einem Tausch-Abonnement mit Ihrer Zeitschrift interessiert.

Wir sind der Ansicht, daß eine solche Regelung für beide Seiten eine Bereicherung wäre, und würden uns freuen, wenn Sie ihr zustimmen könnten.

Forschungsstelle  
Ausländische Arbeiterkinder  
an der  
Pädagogischen Hochschule  
Freiburg i. Br.

●

**Liebe Kolleginnen und Kollegen bei der Zeitschrift „Türkei-Informationen“!**

Im übrigen möchte ich Euch zu Eurer Zeitschrift gratulieren, sie füllt eine Lücke, auch hier in Kiel. Schickt doch einmal ein paar Probenummern an die

Projektgruppe Ausländische Arbeitnehmer e. V. | Ali Baba  
Ringstr. 64  
23 Kiel

Das ist eine Bürgerinitiative, die sich um die Belange ausländischer Kollegen, kümmert.

Macht weiter so wie bisher! Und eventuell habt Ihr ja Interesse an Texten zum Problem „Ausländer in der BRD“, dann möchte ich Euch auf ein Buch hinweisen, das voraussichtlich im Lauf des Jahres im „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ (ich bin da Mitglied) erscheint. Den genauen Titel kann ich noch nicht mitteilen, aber fest steht, daß es ein Fischer-Taschenbuch ist. Eventuell könnt Ihr ja das Buch in Eurer Zeitschrift besprechen.

Mit solidarischem Gruß  
zerschlagt die Grauen Wölfe

Rainer Beuthel

Seit Monaten sind die mehr oder weniger subtilen bis offenen Rufe „Ausländer raus“ nicht mehr zu überhören. Da wird befürchtet, „daß die immer größer werdende Zahl von Ausländern das Zusammenleben ernstlich stören kann.“ (Axel Chorus in der FAZ vom 12.4.80); da ziehen Politiker wie der Landrat Dr. Siegfried Sorge Vergleiche zu Eroberungskriegen: „Es ist höchste Zeit zum Handeln. Die Türken stehen nicht mehr vor Wien; sie sitzen bereits in Berlin und Stadt Allendorf.“ (Oberhessische Presse vom 17.5.80).

Das „Handeln“ übernehmen dann die rechtsextremistischen, neo-nazistischen Elemente. Im Umfeld von Bombenattentaten ziehen sie Ihre Kreise z.B. in die Bürgerinitiative „Ausländerstopp“, die durch Volksentscheid eine Verminderung der Ausländerzahlen zu erzwingen sucht; in Bremen agiert eine Volksbewegung gegen Überfremdung – Motto: Deutschland den Deutschen; in schwäbischen Zeitungen inseriert eine „Aktion Deutschland den Deutschen“ und stellt Fragen wie „60 % Ausländerkinder in Schulen die Norm?“ – „Rassenkrawalle ab wann?“ – „Asylrecht auch für Idi Amin?“; eine „Deutsche Freiheitsbewegung – Gau Hessen“ betitelt den Pfarrer Detlef Lüderwaldt vom Kindergeldkomitee als „Verräterelement“, mit dem man sich „in Kürze befassen“ werde.

Sind die auslösenden Faktoren dieser neuen Welle von Ausländerfeindlichkeit wirklich die „Übersättigung“ und der „Asylantenstrom“? Die Tatsachen sprechen eher dafür, daß für den Fremdenhaß die Verschärfung der Krisenerscheinungen verantwortlich zeichnet: Angesichts der düsteren Wirtschaftsprognosen wird der Haß, geschürt in der Hoffnung, zwischen einheimischen und ausländischen Kollegen eine Entsolidarisierung zu erzielen. Die durch die anhaltende wirtschaftliche Krise zusehends gespannten sozio-ökonomischen Bedingungen – Massenarbeitslosigkeit, Abbau sozialer und gewerkschaftlicher Errungenschaften, Misere im Bildungs- und Ausbildungsbereich – werden von interessierten Kreisen benutzt, um ausländische Arbeiter zu Sündenböcken für eben diese Mißstände abzustempeln.

Nun ist es aber unbestreitbar, wenn auch immer noch nicht genügend bekannt, daß der Beitrag der ausländischen Kollegen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik ganz erheblich ist, nicht zuletzt deshalb, weil sie seit eh und jeh die gefährlichsten, schmutzigsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten ausführen. Noch weniger bekannt ist, daß die

Woche der Freundschaft —  
gegen die  
Ausländerfeindlichkeit

## Grundrechte auch für Ausländer

Bundesrepublik sich nicht nur vor den sozialen Folgekosten der Ausländerbeschäftigung drückt, sondern neben dem gesamtwirtschaftlichen Nutzen in manchen Bereichen sehr direkt Profite macht: Ausländische Kollegen zahlen genauso Steuern und soziale Abgaben wie ihre einheimischen Kollegen, erhalten aber lange nicht die entsprechenden Leistungen. Der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung beispielsweise betrug allein bis 1975 20 Milliarden Mark, während die durch sie bedingten Ausgaben nur 700 Millionen Mark ausmachten. Die Kindergeldregelung wird für die in der Heimat lebenden Kinder so gehandhabt, daß die Bundesrepublik seit 1974 allein hier jährlich etwa 765 Millionen Mark „ein-sparrt“.

Die einheimische Bevölkerung erfährt einiges über die Probleme, die mit der Ausländerbeschäftigung zusammenhängen, doch kaum etwas über die eigentlichen Gründe, die Urheber und vor allem die Nutzniesser dieser Politik. So erscheinen ihr die Ausländer zwangsläufig als Menschen, die unkontrolliert in die BRD strömen, um von dem höheren Lebensstandard hier zu profitieren. Die Entrüstung angesichts der offensichtlichen sozialen Probleme kehrt sich nicht gegen die Verantwortlichen dieser Politik, sondern gegen ihre greifbaren Resultate, d.h. gegen die Ausländer.

### Ausländerfeindlichkeit ist keine Eigenart der Deutschen

Die Ausländerfeindlichkeit entsteht nicht von selbst und ist auch nicht eine Eigenart der Deutschen. Sie wird von reaktionären und rechtsextremistischen Kreisen vor allem mit dem Ziel propagiert, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zu spalten. Nicht von ungefähr spielt dabei der Springerkonzern eine führende Rolle, konzentriert in den Betrieben die sogenannten

„christlichen Gewerkschaften“ ihre Bemühungen auf die ausländischen Arbeiter und unterstützen rechte CDU Abgeordnete türkische Rechtsextremisten, die ihrerseits die „Ausländerfeindlichkeit“ mit türkischem Vorzeichen betreiben und aus ihrer feindseligen Einstellung gegenüber den Gewerkschaften kein Hehl machen.

Einheimische und deutsche Kollegen können und müssen der Hetze der Reaktion die Solidarität entgegensetzen, die im Laufe der zwei Jahrzehnte durch gemeinsames Handeln erzielt wurde. Die ausländischen Kollegen be-greifen sich zunehmend als Teil der westdeutschen Arbeiterklasse, wenn auch als der Teil mit weniger Rechten. Gleichberechtigt mit den deutschen Kollegen — zunehmend als Vertrauensleute und Betriebsräte — kämpfen sie in den Gewerkschaften gegen Unternehmerwillkür und Preistreiberei, in den Tarif- und Lohnauseinandersetzungen, gegen die Aufrüstung auf Kosten der Arbeitsplätze und der Bildung. So tragen sie ihrerseits bei, Grundsteine zu legen für den solidarischen Widerstand gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit. Die energische Verurteilung der Ausländerhetze auf den Gewerkschaftstagen der letzten Wochen, bestätigt die Richtigkeit dieses Weges.

### Unsere Solidarität hat eine reale Grundlage

Unsere Solidarität ist kein Wunschtraum, sie hat eine reale Grundlage: Die wichtigsten Probleme, mit denen wir, Ausländer wie Deutsche, konfrontiert sind, haben die gleichen Wurzeln. Immer mehr Menschen erkennen, daß die Arbeitslosigkeit, die Hindernisse für eine zeitgerechte Berufsbildung, die Wohnungsnot Ausländer und Deutsche zugleich treffen. Und wer sich wehren will, muß auch hier den alt-erprobten Grundsatz beachten: die Chancen für einen Erfolg sind wesentlich besser, wenn wir, Aus-

länder und Deutsche, am gleichen Strang ziehen.

Wir brauchen nicht am Nullpunkt anzufangen. Heute können wir uns auf ein quantitativ und qualitativ zunehmendes Potential der Kräfte stützen, die die Anerkennung der Ausländer als gleichberechtigte mündige Bürger fordern und sich dafür einsetzen — in Wohlfahrtsverbänden, in den Kirchen und in anderen Institutionen und Gremien.

Unsere wichtigste Stütze bleibt aber die Gewerkschaftsbewegung, unsere Einheitsgewerkschaften, der DGB.

Einen bescheidenen Beitrag soll auch die „Woche der Freundschaft — gegen die Ausländerfeindlichkeit“ liefern, die in der Woche vom 27.12.80 bis 3.1.81 von den in der FIDEF zusammengesetzten Organisationen durchgeführt wird. Auch der Erfolg dieser Initiative wird von uns allen, Deutschen und Ausländern abhängen.

Grundgesetz, Artikel 2, Abs. 1:

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“

Grundgesetz, Artikel 3, Abs. 3:

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Wohlgemerkt: Es geht um Grundrechte, die auch im Grundgesetz der Bundesrepublik ausdrücklich „jedermann“ zustehen, also nicht nur den Deutschen.

## Geheime Putschpläne der MHP aufgedeckt

# Schwere Waffen für den Tag „X“

Die Wochenzeitschrift „Briefing“, die in Ankara auf Englisch herausgegeben wird, schrieb in ihrer Ausgabe vom 24.11.80, daß „gut unterrichtete Kreise in Ankara über geheime Putsch-Pläne der faschistischen MHP“ berichteten. Demnach sind auch große Waffenlager mit schweren Waffen entdeckt worden. Türkes und andere führende Faschisten sollen wegen Anstiftung zu Massenmord und Aufruhr vor Gericht gestellt werden. Unter der Überschrift „Die militärische Machtübernahme verhinderte ein Blutbad“ schreibt die Zeitschrift:

„Nach der Machtübernahme durch die Streitkräfte am 12.9.80 wurde der gesamte Mechanismus der MHP zerstört. Die dabei erbeuteten Dokumente haben sogar diejenigen, die seit längerer Zeit Verbindungen der MHP mit dem Terrorismus vermuteten, in Staunen versetzt.

Gegenwärtig erwarten die gesamte Leitung der MHP und die leitenden Funktionäre der ihr nahe stehenden Organisationen im Gefängnis die Prozesse, die gegen sie wegen Anstiftung zum Massenmord und Aufruhr vorbereitet werden.

Manche mögen denken, daß die Anschuldigungen gegen Türkes übertrieben sind und daß jede Person als unschuldig anzusehen ist, bis ihre Schuld bewiesen ist.

Doch die Verbrechen, die dem MHP-Führer zur Last gelegt werden, sind sehr viel ernster und entsetzlicher, als die Öffentlichkeit bis heute erfahren konnte.

Die Vorbereitungen der Militärstaatsanwälte sind noch nicht ab-



Türkes, Führer der faschistischen MHP: Waffen für die geplante Machtübernahme in geheimen Lagern

geschlossen, doch gewöhnlich gut unterrichtete Kreise in Ankara haben verlauten lassen, daß Türkes und seine engsten Mitarbeiter wegen Vorbereitung von Plänen für einen Putsch in der Türkei, ähnlich der Machtübernahme Hitlers in Deutschland vor dem II. Weltkrieg, angeklagt werden.“

„Eine zuverlässige Quelle“ hat gegenüber der Zeitschrift „Briefing“ erklärt: „Gewehre, Pistolen, Dynamitsätze, all das sind bloßes Kinderspielzeug im Vergleich zu denen, die in den entschlossenen Operationen sichergestellt werden konnten. Die Sicherheitskräfte haben in geheimen Lagern sogar schwere Waffen gefunden, die bei der geplanten Machtübernahme verwendet werden sollten.“

Die gleiche Quelle erklärte ferner,

daß die MHP sich seit zwei Jahren auf diesen Schicksalstag vorbereitet habe und nach allen Indizien, die nach dem 12. September gesichert wurden, dieser Tag nicht mehr fern war.

„Noch fehlen die Einzelheiten über den von der MHP geplanten Putsch. Der Staatspräsident Generalleutnant Kenan Evren könnte jedoch in Kürze eine Erklärung über dieses Komplott abgeben.“ (Übersetzt aus dem Türkischen nach einem Bericht von „Cumhuriyet“ am 27.11.80)

Damit werden die Warnungen der demokratischen Kräfte in der Türkei und in der BRD über den wahren Charakter und die Absichten der MHP sowie ihrer Ableger wie die Türk-Föderation auf eine dramatische Art und Weise bestätigt. Wir können jedoch den Optimismus, daß dieser verbrecherischen Organisation und ihren Führern nun endlich der Prozeß gemacht und die verdiente Strafe erteilt wird, nicht teilen. Es stimmt bedenklich, daß bekannte Anhänger der MHP in der Armee, so z.B. der Kriegsrechtskommandant von Ankara, General Recep Ergün, noch immer wichtige Ämter bekleiden. Anfang Dezember hat dieser MHP-Freund den Militärrichter Hamdi Sevinc am Militärgericht von Ankara, bei dem die Prozesse gegen Türkes und MHP geführt werden sollen, in den Ruhestand versetzt. Hamdi Sevinc war als ein mutiger Richter bekannt geworden, der nicht davor zurückschreckte, auch MHP-Verbrecher zu verurteilen.

Die Ablösung von Hamdi Sevinc zeigt den Einfluß, über den die MHP-Anhänger auch heute noch verfügen, ist aber nicht das einzige Beispiel. So berichtet der Kommentator von „Milliyet“, T. Erel, am 6.12.80 über eine Kampagne, die von der MHP mit dem Ziel gestartet wurde, auch den Militärstaatsanwalt bei dem gleichen Gericht versetzen zu lassen, weil dieser „der MHP gegenüber feindlich eingestellt“ sei. ■

# Bonn's Technische Hilfe für Folterspezialisten

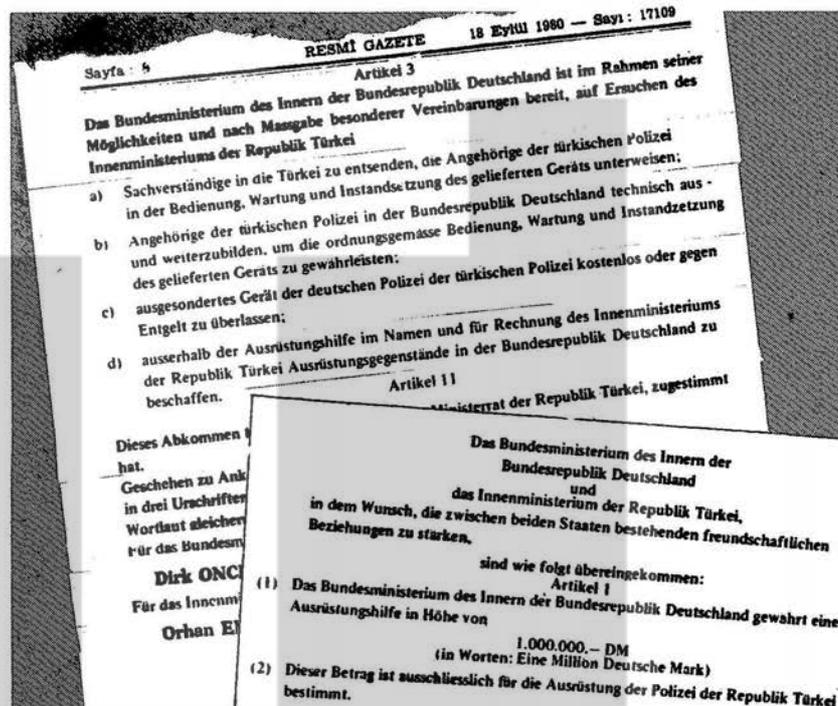
Am 8.10.80 unterschrieb die Regierung der Militärjunta das erste internationale Abkommen nach dem Umsturz. Es handelt sich dabei um eine Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der „Technischen Entwicklungshilfe“: Die BRD gewährt damit der türkischen Polizei eine Ausrüstungshilfe in Höhe von 1 Million DM.

Welche Art von Ausrüstung damit genau gemeint ist, kann vorerst nur vermutet werden, denn Artikel 8 des Abkommens verlangt, daß „die Einzelheiten dieser Vereinbarung und jeder noch abzuschließenden Zusatzvereinbarung . . . von den Vertragsparteien . . . vertraulich behandelt (werden)“. Da Waffen und Munition ausdrücklich ausgeschlossen worden sind (diese liefert die BRD im Rahmen der Militärhilfe zur Genüge), werden wohl unter dem Vorwand, den Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen, Funkgeräte und EDV-Anlagen zur Verfügung gestellt, mit denen die türkische Polizei ihre Verfolgungsjagd gegenüber Gewerkschaftlern und Demokraten besser organisieren kann.

In Artikel 3 der Vereinbarung erklärt die Bundesregierung ferner ihre Bereitschaft, „die Angehörigen der türkischen Polizei in der Bedienung, Wartung und Instandsetzung des gelieferten Geräts zu unterweisen“. Also nicht nur technische Ausrüstung sondern auch Ausbildung ist vorgesehen.

## Mehr Unterdrückung zur Wiederherstellung der Demokratie

Die berüchtigten Foltermethoden der türkischen Polizei, ihre von Herrn Bundesfinanzminister Matthöfer persönlich gerügten unmenschlichen Praktiken, scheinen kein Hinderungsgrund zu sein. Auch die Tatsache, dass allein nach dem Militärputsch innerhalb von 6 Wochen nach offiziellen Angaben 9



Abkommen über Ausbildung für Folterknechte: Resmî Gazete vom 18.9.80

Personen unter „ungeklärten Umständen“ in Polizeigewahrsam zu Tode gekommen sind, dass Hunderte von Menschen „wegen Widerstandes gegen Staatsgewalt“ erschossen wurden, macht offenbar keinen Eindruck, ist kein Anlass, um die geplante Kooperation zu überprüfen. Im Gegenteil, die Bundesregierung versucht sogar diese Hilfe als „Beitrag zur politischen Stabilisierung“ hinzustellen. In einem Brief an Gegner der „Türkei-Hilfe“ vom 14.10.80 schreibt Bundesfinanzminister Matthöfer: „Es ist zu hoffen, daß die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei bald gelingt.“ Damit gibt Matthöfer zu, daß gegenwärtig von einer Demokratie in der Türkei nicht die Rede sein kann, daß also die Bundesregierung die Polizei eines undemokratischen Regimes ausrüstet. Eine bemerkenswerte Argumentation: Nicht etwa die Verurteilung und die politische Isolierung der Militärdiktatur, sondern der Ausbau ihres Unterdrückungsapparates soll zur Wiederherstellung der Demokratie dienen! Damit gibt der Herr Bundesfinanzminister unfreiwillig zu erkennen, was für eine Art von (Schein-) Demokratie er und seine Regierung für die Türkei anstreben: Ein Regime von Militärs Gnaden, in dem auf die unverhüllte Militärdiktatur nur deshalb ver-

zichtet wird, weil jegliche oppositionelle Regung durch die zivilen „Sicherheitskräfte“ unterdrückt werden kann.

## Junta-Polizei: Ausbildung in der BRD?

Das Festhalten an diesem „Stabilisierungsplan“ auch angesichts der systematischen Folterungen durch eben diese Polizei, die von der BRD ausgerüstet und ausgebildet wird, entlarvt wohl alle Bekenntnisse der verantwortlichen Politiker zu Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit als pure Heuchelei. Das dabei „die Bekämpfung des Terrorismus“ nur ein Vorwand ist, beweist auch die Tatsache, daß die zuständigen Stellen der BRD seit Monaten nichts gegen die namentlich bekannten MHP-Mörder unternehmen, die in die BRD geflüchtet sind. Wenn die Bundesregierung wirklich etwas gegen den Terrorismus in der Türkei unternehmen wollte, sollte sie am besten damit beginnen, daß sie ihre gesetzlichen Pflichten wahrnimmt und die hierher geflüchteten mehrfachen Mörder wie Mehmet Ali Agca, Isa Armagan usw. sowie ihre hiesigen Komplizen verhaften läßt und die Öffentlichkeit darüber aufklärt, warum dies bisher nicht geschehen ist.

# Auch Verleger Erdost zu Tode gefoltert

Die Tatsache, daß die politischen Gefangenen in der Türkei schwer gefoltert werden, wurde Anfang November durch den Todesfall eines prominenten Gefangenen, dessen Namen man nicht geheim halten konnte, erneut bewiesen. Der Vorfall ereignete sich am 4.11. in Ankara. Opfer war der bekannte fortschrittliche Verleger Ilhan Erdost.

Die Militärbehörden hatten zunächst versucht, die Ermordung von I. Erdost einem Wachsoldaten in die Schuhe zu schieben und hatten in einer offiziellen Erklärung am 11.11.80 behauptet, ein Soldat habe Ilhan Erdost während des Transports ins Gefängnis in einem Armeelastwagen mit einem Gewehrkolben erschlagen (siehe Türkei-Informationen November, S. 39). Das Aufsehen, das dieser Fall erregte, zwang die Behörden, den älteren Bruder des Ermordeten, Muzaffer Erdost, der ebenfalls grundlos festgenommen worden war, freizulassen. Muzaffer Erdost (er ist auch ein fortschrittlicher Verleger) entlarvte die Lüge der Kriegsverfahrensbahörden und gab bekannt, daß er im Gefängnis von Mamak seinen Bruder Ilhan nach dessen „Vernehmung“ im Polizeipräsidium kurz gesehen hatte. Dabei habe der Verstorbene über heftige Kopfschmerzen und Übelkeit geklagt. Offenbar erhielt Ilhan Erdost starke Schläge an den Kopf.

Es ist durch zahlreiche Aussagen und medizinische Berichte belegt worden,

daß die Folterspezialisten in unserem Land neben anderen Methoden insbesondere auch Schläge an den Kopf und den Oberkörper bevorzugen, mit denen die inneren Organe verletzt werden sollen. Oft werden die Opfer an beiden Armen gepackt und mit dem Kopf oder dem Rücken gegen die Wand geschlagen.

## 90 Tage Haft ohne Haftbefehl

Fast ohne Ausnahme werden alle in Untersuchungshaft befindlichen Personen Folterungen unterworfen. Selbst Personen, die lediglich vorgeladen wurden, weil sie zu Vorfällen ihre Aussagen abgeben sollten, werden nicht vor 4-5 Tagen freigelassen. Familienangehörige werden nicht über den Verbleib und den Zustand der Festgenommenen informiert. Häufig werden gar Angehörige von gesuchten Personen als Geiseln mitgenommen und schwer mißhandelt, um so zu erreichen, daß die Gesuchten sich den „Sicherheitskräften“ stellen. Die Kriegsverfahrensbahörden geben sich alle Mühe, Berichte über Folterungen zu unterdrücken. Dazu dient in erster Linie die schwere Pressezensur. Auch das neue Gesetz der Junta, wonach die Verbreitung von „beunruhigenden Nachrichten und Gerüchten“ mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft wird (auch bei mündlicher Weitergabe!), gehört zu diesen Maßnahmen.

Um die Folterungen zu erleichtern, hat die Junta verfügt, daß die Festgenommenen 90 Tage lang (neunzig!) festgehalten werden können, ohne einem Richter vorgeführt zu werden. Mit anderen Worten: 90 Tage Haft ohne Haftbefehl! Neunzig Tage, in denen der Festgenommene von der Außenwelt völlig isoliert ist und nach allen Regeln der Kunst „vernommen“ werden kann. Diese Frist genügt auch, damit die Wunden so weit verheilen, daß Mißhandlungen später nicht mehr nachweisbar sind.

## Folter im Vorfeld der Schauprozesse

Die bekannt gewordenen Fälle von Folterungen und Folteropfern stellen daher nur die Spitze eines Eisbergs dar.

Dies umso mehr, als auch alle Organisationen, wie die Anwaltskammer von Istanbul und der Ärzteverband der Türkei (um nur zwei prominenteste zu nennen), die sich vor dem Putsch noch um die Belange der gefolterten Menschen gekümmert und durch Anfertigung von Dokumentationen, Unterschriftensammlungen usw. die Öffentlichkeit gegen die Folterpraxis mobilisiert hatten, seit dem Putsch ausgeschaltet worden sind. Ihre verantwortlichen Funktionäre sind seit Monaten selber in Haft.

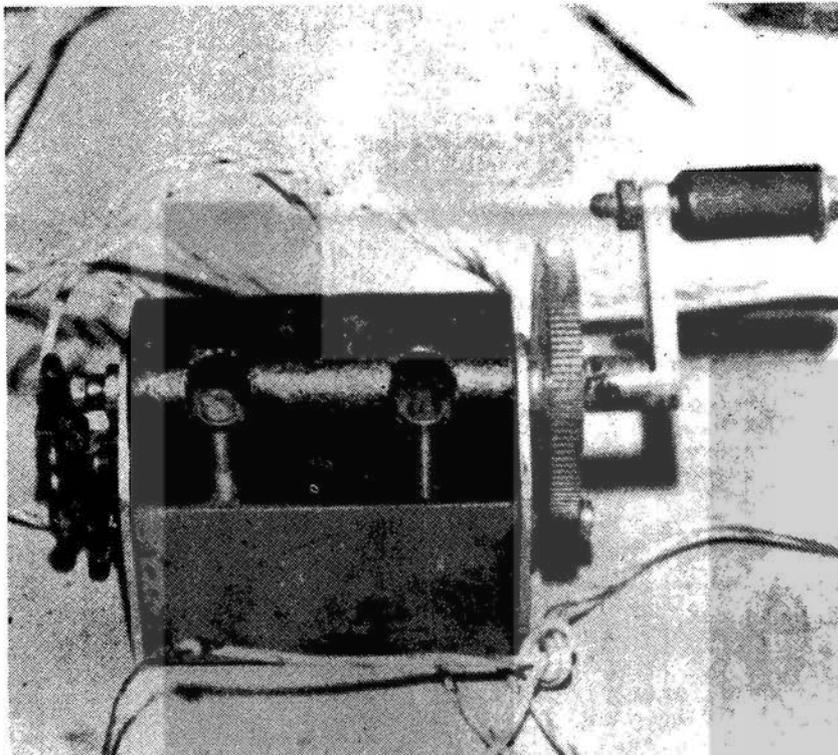
## Bericht aus der Haftanstalt Bursa

Am Mittwoch Abend, dem 1. Oktober 1980, gegen 22.45 holten sie Mehmet Icin aus unserer Gefängniszelle. Wir wußten von ihm, daß er bei Maden-Is beschäftigt war. Sie brachten ihn zum ersten Kommissariat. Knapp eine Stunde später karkamen sie wieder und holten den Rechtsanwalt Ahmet Hilmi Feyzioglu. Nachdem diese Personen fortgeschleppt waren, konnte keiner von uns Untersuchungshäftlingen mehr schlafen, mit Besorgnis warteten wir bis zum nächsten Morgen.

Am Donnerstag-Abend, dem 2. Oktober, wurde Mehmet Icin zusammen mit einer weiteren Person, von der wir später erfuhren, daß er Ahmet Sarican heißt, in unsere

Zelle gebracht. Sie hatten beide überall am Körper Wunden, hatten Schmerzen und konnten nicht stehen. Einige unserer Kameraden nahmen die Beiden in die Arme und legten sie auf einen etwas bequemeren Platz. Als sie ausgezogen wurden, um ihre Wunden zu behandeln, sahen wir die blauen Flecken und Schwellungen an verschiedenen Stellen ihrer Körper. Mehmet Icin hatte große Mühe zu atmen. Wir haben sein Herz massiert, d.h. eingerieben. Von ihrem Zustand waren wir sehr betroffen. Unruhig warteten wir weiter. Sie kamen noch in der gleichen Nacht wieder und brachten Ahmet Sarican und Mehmet Icin abermals zum 1. Kommissariat.

Die ganze Nacht warteten wir unruhig bis in den Morgen. Inzwischen hatten wir die Todesnachricht von dem Rechtsanwalt Feyzioglu erhalten, der einen Tag vorher mit ihnen zusammen abgeführt worden war. Für die zwei Kameraden mußten wir das gleiche befürchten. Am Freitag, dem 3. Oktober, morgens wurden sie gegen 6.00 Uhr, als wir noch immer besorgt auf sie warteten, in die Zelle zurückgebracht. Ihr Zustand war diesmal noch schlimmer. Ihre Lippen waren aufgeplatzt und sie hatten Blutflecken an der Mundgegend. Ihre Körper krümmten sich vor Schmerzen. Mit Lasonit und mit Salben rieben wir ihre Körper ein und verbanden ihre Wunden. Wir gaben ihnen Schmerz-



Apparatur für Elektrofolter: Die tödliche Fantasie kennt keine Grenzen

Offensichtlich werden gerade im Vorfeld der zur Zeit laufenden Vorbereitungen – für Prozesse großen Ausmaßes gegen DISK, Einzelgewerkschaften und andere demokratische Organisationen – parallel zu der Verhaftungswelle auch die Folterungen verschärft. Da bei diesen Schauprozessen kaum haltbare Tatbestände als Anklagepunkte erhalten müssen, wird mit

aller Kraft versucht, die Gefangenen durch Folterungen zu Geständnissen von nicht begangenen Taten zu bewegen. Allgemein verfolgen die Kriegsverichtsbehörden und die Polizei zwei Hauptziele mit den Folterungen: Die Zerschlagung der fortschrittlichen Organisationen und die Einschüchterung der demokratischen Opposition.

(Fortsetzung auf S.10) ▶

tabletten. Sie stöhnten ständig vor sich her. Keinem Menschen in der Zelle kam ein Laut aus der Kehle. Die Situation hatte uns alle zu stark mitgenommen. Wir alle waren aufgrund des Todesfalles und der Lage der beiden Kameraden in einer sehr gedrückten Stimmung. Wir sprachen nicht mit unserem Besuch und nahmen die Nahrungsmittel, die unsere Besucher mitbrachten, nicht an, weil keiner in der Lage war, etwas zu essen. Damit aber immer noch nicht genug. Abends zur gleichen Zeit, gegen 22.50 wurden die beiden und zusätzlich noch zwei andere Personen erneut zum Kommissariat abgeführt. Die anderen Beiden waren Münir Dercin und der Gewerkschafter Günay Oyman. Nach der dritten

Nacht, die wir ohne Schlaf verbrachten, erlebten wir morgens gegen 4.00 Uhr, daß Ahmet Sarican und Mehmet Icin durch die Außentür der Zelle hineingebracht wurden und sofort hinfielen. Die beiden Kameraden, die nicht in der Lage waren zu stehen, wurden von uns aufgehoben und auf einen geeigneten Platz befördert. Weil wir merkten, daß Mehmet Icin nur mühsam atmen konnte, behandelten wir ihn so, daß er ruhiger atmen könne. Als wir sie diesmal entkleideten, offenbarten sich ihre Körper vollständig übersät mit Wunden und blauen Flecken. Sie wurden ausgezogen und die Wunden mit Salben eingerieben und behandelt.

## 48 Todesurteile

Die Militärjunta läßt eine Todesstrafe nach der anderen verkünden. Seit der Machtübernahme der Junta wurden für 10 Personen die Todesstrafe ausgesprochen, von denen eine bereits vollstreckt worden ist. Die zwei weiteren Hingerichteten waren bereits vor dem Putsch verurteilt worden. Die Zahl der Todesurteile seit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1978 beträgt nach Angaben der Tageszeitung „Cumhuriyet“ 48. Der Spiegel berichtet von 58 Fällen. Dem Obersten Militärgericht liegen zur Zeit 17 Urteile zur Überprüfung vor. Danach müssen sie von der Junta (an Stelle des Parlaments) bestätigt werden. Die Junta unterzeichnet auch die Todesurteile, die vor dem 12. September gefällt wurden und mit großer Wahrscheinlichkeit – zumindest nicht in diesem Umfang – nicht bestätigt worden wären.

Mit den Hinrichtungen beabsichtigt die Junta, ihre Stärke zu demonstrieren und die demokratischen Kräfte einzuschüchtern. Die Militärstaatsanwaltschaft beantragte bei dem Massenprozeß gegen die linke Organisation Dev-Yol 30 Todesstrafen. Bei den künftigen Prozessen werden ähnliche Größenordnungen befürchtet.

Fünf Personen, die bereits zum Tode verurteilt worden sind, befinden sich auf der Flucht. Unter den Flüchtlingen befinden sich die mehrfachen faschistischen Mörder Mehmet Ali Agca, Isa Armagan, Kemal Özdemir und Recep Sariaslan. Nach Angaben der türkischen Presse sind zumindest die ersten beiden in die BRD geflüchtet. ■

Dieses Protokoll verfaßten und unterschrieben wir aufgrund unserer Verantwortung gegenüber der Menschheit mit dem Ziel der Verwirklichung von Gerechtigkeit.

Nizamettin Aksöz  
Sanver Özcelik  
M. Ali Onay  
Turgut Palabiyik  
O. Sandikci  
Vedat Yildirim  
Mustafa Ekin  
A. Ihsan Görsu

Den Berichten von Festgenommenen zufolge werden in der Türkei zur Zeit alle bekannten Arten von Folterungen praktiziert: Die „einfache“ Bastonade wird ebenso angewandt wie Elektroschocks und psychische Folterungen.

Um die Verhafteten zur Unterzeichnung von vorgefertigten Aussagen zu bewegen, schreckt man sogar nicht davor zurück, deren Frauen und Verlobte zu mißhandeln und zu vergewaltigen.

Bekannt wurde z.B. der Fall eines Mädchens, dem ein Reagenzglas in die Vagina eingeführt wurde mit der Drohung, dieses zu zerbrechen. Da das Mädchen die verlangte Aussage trotzdem verweigerte, wurde die Drohung wahr gemacht. Das Mädchen mußte operiert werden. In dem Militärgefängnis Selimiye in Istanbul, so wird berichtet, wurden Holzböden mit Nägeln verlegt, auf denen Gefangene barfuß laufen müssen. — Die Phantasie von Folterern scheint unbegrenzt.

## Rechtsextremisten werden geschont

Bei den Folterungen werden durchaus Unterschiede in Bezug auf die politische Ausrichtung der Häftlinge gemacht. Dies ist nicht allzu verwunderlich, da die Militärgefängnisse und die Polizeipräsidien zumeist in den Händen von Faschisten sind. Im Militärgefängnis Davutpasa z.B. dürfen die rechtsextremistischen Gefangenen in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, während die Linken schwer gefoltert und von einander isoliert werden. Umso erstaunlicher der Mut von acht Häftlingen im Militärgefängnis von Bursa, die trotz der drohenden Repressalien, ein Protokoll verfaßten und es nach Außen schmuggelten (siehe Kasten).

Bekannt wurden bisher 9 Fälle, in denen die Folterungen zum Tode führten. Über die Zahl der tatsächlichen Todesfälle liegen selbstverständlich keine Informationen vor. Über İlhan Erdoğdu haben wir bereits berichtet. Die anderen acht Todesopfer und die Umstände ihres Todes:

### Ahmet Hilmi Feyzioglu

Der Rechtsanwalt der — verbotenen — Metallarbeitergewerkschaft Maden-İs in Bursa wurde am 3. Oktober nach schweren Folterungen aus dem 5. Stock des Polizeipräsidiums geworfen. Offiziell wurde nach seinem Tod erklärt, er habe Selbstmord begangen.

### Rafet Demir

Bereits eine Woche vor der Ermordung von Feyzioglu war Rafet Demir ebenfalls aus dem 5. Stock des berühmten Polizeipräsidiums in Bursa geworfen worden. Offizielle Version auch in seinem Fall: Selbstmord. Daß Demir gefoltert wurde, stritten die

Verantwortlichen des Polizeipräsidiums ab.

### Zeynel Abidin Ceylan

Ceylan wurde am 22. September in einer Wohnung verhaftet und von dem Polizeimeister Haskiris vernommen. Als die Polizisten am 24. September wegen neuerlicher Vernehmung den Gefangenen in der Zelle aufsuchten, lag dieser dort mit drei gebrochenen Rippen und verletzter Leber — tot. Gegen den Polizeimeister Haskiris wurde ein Strafverfahren eingeleitet mit einem Antrag auf 22 Jahre Haft. Haskiris war bereits 1979 wegen Beihilfe zur Flucht von zwei Rechtsextremisten aus dem Gefängnis in Konya vor Gericht gestellt worden.

### Sadar Gazeteci

Gazeteci wurde in dem Gefängnis in Izmir wegen Amtsbeleidigung des Gefängnisdirektors Ali Saim Sener gefoltert. Er starb während der Vollstreckung der Bastonade.

### Ahmet Kirlangic

Kirlangic wurde beschuldigt, den ehemaligen Ministerpräsidenten Nihat Erim ermordet zu haben, und verhaftet. Offiziell hieß es später, daß er während der Identifizierung seine Nerven verloren habe und seinen Kopf gegen die Wand geschlagen habe. Er starb an Gehirnhautblutung.

### Hasan Asker Özmen

Özmen wurde am 6. Oktober zusammen mit seiner Verlobten von der Polizei verhaftet. Während der Vernehmung wurde er bewußtlos und wurde daraufhin ins Krankenhaus transportiert. Der kurz vor dem Examen stehende Physik-Student Özmen verstarb dort. Der stellvertretende Leiter des 1. Kommissariats des Polizeipräsidiums in Ankara sowie zwei weitere Polizisten wurden daraufhin verhaftet.

### Ibrahim Eski

Eski wurde Mitte September in Ankara verhaftet. Nach seiner Vernehmung wurde er schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo er sofort verstarb. Polizeisprecher behaupten, er sei bei einer Durchsuchung in einem Viertel in Ankara geflohen und dabei eine Treppe hinuntergestürzt. Die Militärstaatsanwaltschaft beantragte gegen den stellvertretenden Polizeimeister Mustafa Özer und 11 weitere Polizisten Haftstrafen nicht unter 20 Jahren.

### Bekir Bag

Bag wurde wegen Mordes von mehreren Personen verhaftet und verurteilt. Er hatte zugegeben, vier Menschen ermordet zu haben. Am 28. Oktober wurde er in das Militärgefängnis Mak in Ankara gebracht. Er soll dort Selbstmord begangen haben. ■

## Ehemaliger Oberbürgermeister von Istanbul verhaftet

Der ehemalige Abgeordnete der CHP in Adana und Vorsitzender des Köy-Koop (Verband der Dorfgemeinschaften), Bedin Tarhan, wurde in der Nacht vom 30. auf den 31. Okt. bei seiner Einreise in die Türkei am Grenzübergang von der örtlichen Kriegsdienstbehörde festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. N. Tarhan befand sich gemeinsam mit Kollegen, u.a. mit seinen Stellvertretern Cavit Kocaman und Selahattin Kök, auf der Rückreise von einer Studienfahrt durch Rumänien, zu der er vor dem Militärputsch aufgebrochen war. Nach wenigen Wochen mußte er wieder freigelassen werden, weil nichts gegen ihn vorgebracht werden konnte.

Auch Ahmet İsvan (CHP), den ehemaligen Oberbürgermeister von Istanbul, verschleppten die Sicherheitsbehörden am 15. November nach Umzingelung und anschließender Durchsuchung seiner Wohnung und brachten ihn in Untersuchungshaft. Folgende Begründung wurde für seine Festnahme angeführt:

A. İsvan habe während seiner Amtszeit Mitgliedern des größten Jugendverbandes der Türkei, İGD (Progressiver Jugendverband), Stellen in der Verwaltung verschafft und ihnen somit die Ausübung von im Auftrag der illegalen KPdT erfolgten Aktivitäten ermöglicht. Außerdem habe er durch Einsatz von Amtswagen während der 1. Mai-Kundgebung der DISK (Progressiver Gewerkschaftsbund) 1977 in Istanbul, an der sich hundert Tausende Menschen beteiligten, die Arbeit der Sicherheitskräfte erschwert. Ahmet İsvan befindet sich noch immer in Haft.

Diese beiden Festnahmen, die wir stellvertretend für viele andere schilderten, machen es ein weiteres Mal deutlich, worauf die Aktivitäten der Putschisten zielen: die fortschrittliche Öffentlichkeit soll kriminalisiert, unterdrückt und zum Schweigen gebracht werden. Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung werden Menschen verhaftet, die nicht das geringste mit dem Terrorismus zu tun hatten. Nicht die Demokratie soll — wie feierlich bei der Machtübernahme erklärt — „gerettet“, sondern die Verhältnisse, unter denen keine demokratische Opposition von ihrem Recht auf Aufklärung der Bevölkerung Gebrauch machen kann, sollen stabilisiert werden.

Einschüchterungsversuch gegen Demokraten:

# Junta will Asylanten und Opponenten ausbürgern

Die offensichtlich von langer Hand vorbereitete Kooperation zwischen der Bundesrepublik und der Militärdiktatur in der Türkei, die die Zahl der politischen Flüchtlinge eindämmen soll, nimmt groteske Züge an. Kurz nachdem die Bundesregierung über Staatsangehörige der Türkei den Visumszwang verhängte und damit nicht nur den politisch Verfolgten die Ein- und Ausreise unmöglich machte, sondern auch Millionen von Angehörigen der hier lebenden türkischen Kollegen erschwerte, wartete die herrschende Junta gleich mit mehreren Trümpfen auf: Neben einer Reihe von neuen Formalitäten sollen nach der geplanten Änderung des Paßgesetzes Ausreisewillige nunmehr eine amtliche Bestätigung darüber bringen, daß sie nicht politisch verfolgt werden und auch nicht in der Vergangenheit politisch verfolgt wurden. (Türkei-Informationen, November 1980, S. 28)

Auf einer Pressekonferenz Anfang Dezember erwähnte der von der Junta eingesetzte Ministerpräsident Uluşu, daß auch im Gesetz über die Staatsbürgerschaft neue Änderungen geplant worden seien. Ausdrücklich erwähnt wurde, daß die „doppelte Staatsbürgerschaft“, erleichtert werden solle.

Nur wenige Tage später, am 10. Dezember berichtete jedoch „Tercüman“ im Aufmacher voller Begeisterung von den eigentlichen Plänen der neuen Machthaber: „Die Regierung Uluşu schenkte dem Wunsche der Patrioten im Ausland Aufmerksamkeit: Die Asylanten werden aus der türkischen Staatsbürgerschaft ausgebürgert.“

Wenn das besondere Wohlwollen der Junta gegenüber der rechtsextremistischen Tercüman berücksichtigt wird, erhält diese Meldung, die bis zu Redaktionsschluß weder bestätigt noch dementiert wurde, besondere Bedeutung. Tercüman zählt die Personenkreise auf, die „von den Änderungen in dem Gesetz mit der Nr. 403 über Staatsbürgerschaft betroffen sind:

1. Asylbewerber, die Asylantrag einreichen und dabei die Republik Türkei verunglimpfen;
2. Diejenigen, die vom Ausland aus zu Ungunsten der Türkei schädliche Aktivitäten betreiben,
3. Personen, die in anarchistischen Aktionen verwickelt waren und ins Ausland fliehen, wenn sie dem

Aufruf zur Rückkehr in die Türkei nicht Folge leisten.“

In einem Zusatzvermerk präzisiert Tercüman, was unter Punkt 2 eigentlich zu verstehen ist: „Nach diesen Änderungen werden auch diejenigen ausgebürgert, die im Ausland dem Ansehen

des Staates schaden.“ Diese Formulierung dient schon seit Jahrzehnten zur Umschreibung der oppositionellen Demokraten.

Von den geplanten Gesetzesänderungen wären Zehntausende von demokratischen Opponenten dieses Unrechtregimes betroffen. ■

## Verfolgung der Lehrer

Bei der großangelegten Verhaftungskampagne ließ die Junta auch die Lehrer nicht aus. Am 20. November meldeten die Tageszeitungen, daß die Militärstaatsanwaltschaft von Ankara gegen den Vorsitzenden Gültekin Gazioglu und 63 weiteren Funktionären des Lehrerverbandes der Türkei (TÖB-DER) Haftbefehle erlassen habe. TÖB-DER war bereits unter der Demirel-Regierung verboten worden.

Dem Vorstand und den führenden Mitgliedern des größten Lehrerverbandes der Türkei werden „kommunistische Propaganda“ nach den berüchtigten Paragraphen 141 und 142 des Türkischen Strafgesetzbuches und „separatistische Aktivitäten“ d.h. Eintreten für die Rechte der Kurden zur Last gelegt. TÖB-DER setzte sich immer gegen den faschistischen Terror, für die nationale Unabhängigkeit, für eine Ausbildung im Interesse der werktätigen Bevölkerung und für die Ausbildung der kurdischen Bürger in eigener Sprache ein.

Ende 1979, am 1. Jahrestag des Massakers der „Grauen Wölfe“ zu Weihnachten 1978 in Kahramanmaraş, wo weit über hundert Menschen ermordet wurden, hatte TÖB-DER einen landesweiten Proteststreik durchgeführt. Nahezu 5000 Lehrer wurden verhaftet und ihre Organisation wurde verboten. Andere mußten entweder den Schuldienst quittieren oder die Versetzung in die von Faschisten besetzten Städte wie Yozgat hinnehmen, was für sie die Auslieferung an die „Grauen Wölfe“ bedeutete. Hunderte von ihnen konnten ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben, weil sie ein bevorzugtes Ziel der reaktionären Demirel-Regierung und des faschistischen Terrors waren. Ein

großer Teil der Opfer des faschistischen Terrors waren Lehrer. Und heute nehmen sie unter den Verfolgten einen ehrenvollen Platz ein.

Die Türkei ist eines der 8 Länder der Welt, wo die Lehrer keine Gewerkschaft gründen dürfen. Aus diesem Grund organisierten sich die Lehrer der Türkei in TÖB-DER, der lediglich den Status eines Vereins hatte. Ihm gehören über 160.000 Lehrer an. Mit seinen 640 Verwaltungsstellen ist TÖB-DER der größte Berufsverband der Türkei.

In einem Land, in dem die Quote der Menschen ohne Lese- und Schreibkenntnissen bei 40 Prozent liegt, in tausenden von Dörfern keine Schulen gibt, immer noch nach offiziellen Angaben 1,2 Millionen Kinder nicht in die Schule gehen können, weil es zu wenig Schulen gibt und sehr wenige Kinder die Möglichkeit erhalten, die Oberschule zu absolvieren oder einen Beruf zu erlernen, müßten Lehrer hochgeschätzt werden. Doch werden die Kollegen statt mit Anerkennung mit Repressalien bedacht.

Da die meisten Lehrer selbst aus den Reihen des einfachen Volkes stammen und mit den Folgen der tiefen sozialen Probleme täglich konfrontiert werden, sind die meisten von ihnen fortschrittliche Menschen. Sie haben bis heute bei der Aufklärung der Volksmassen eine wichtige Rolle gespielt und sind daher eine der Hauptzielscheiben der Reaktion.

Für ein Regime, das bestimmte Bücher und Zeitungsartikel ausdrücklich als Staatsverbrechen einstuft und unterdrückt, das das Wissen als seinen Todfeind betrachtet, ist es nur konsequent, daß auch die Lehrer verfolgt werden.

Falsche Politik wird fortgesetzt

# „Bündnis mit Herrschenden“ ohne Zukunft

Wir haben in den „Türkei-Informationen“ schon wiederholt unsere Ablehnung der sogenannten „Türkei-Hilfe“ zum Ausdruck gebracht, die im Frühjahr dieses Jahres unter der Federführung des Bundesfinanzministers Hans Matthöfer gestartet worden ist. Dabei haben wir diese Haltung vorwiegend mit dem antidemokratischen Charakter des Regimes begründet. Nicht selten hört man den Einwand: „Wenn wir nach diesem Kriterium vorgehen würden, müßten wir einen Großteil der Entwicklungshilfe einstellen.“ Dem ist entgegenzuhalten, daß erstens die besagte „Hilfe“ eine gehörige Portion „Militärhilfe“ enthält, die nichts mit Entwicklung zu tun hat, und daß sie zweitens sonderbarer Weise immer gerade dann besonders reichlich sprudelt, wenn reaktionäre oder diktatorische Regimes installiert worden sind, und umgekehrt versiegt, wenn auch noch so zögernde Schritte in Richtung auf Demokratie und sozialen Fortschritt sichtbar werden. Diese Tatsache kann vielfach belegt werden, so z.B. durch die Erfahrung der Unidad Popular Regierung in Chile. Aber auch die jüngsten Erfahrungen in der Türkei bestätigen diese Eigenart der bundesdeutschen (man kann auch sagen: „westlichen“) Hilfe.

Als 1979 noch die Ecevit-Regierung an der Macht war, gab es auch eine „internationale Hilfsaktion“ unter der Führung der BRD. Es kamen jedoch damals weniger als ein Viertel (insgesamt 900 Millionen Dollar) der Kredite zusammen, die ein Jahr später der reaktionären Demirel-Regierung bereitgestellt wurden. Und selbst dieser Vergleich täuscht: Denn die Auszahlung der der Ecevit-Regierung zugesagten Kredite wurde auf eine sonderbare Art und Weise verzögert, so daß noch im Winter 1980, mehrere Monate nach dem Rücktritt der Ecevit-Regierung lediglich 20 % dieser 900 Millionen tatsächlich verfügbar waren. Daß es auch anders geht, demonstrierte die Schnelligkeit, mit der ein Jahr später die an die Demirel-Regierung versprochenen Kredite (für Demirel waren es laut „Capital“ mehr als 4,5 Milliarden Dollar) ausgezahlt wurden. Am Tage nach dem Militärputsch, am 13.9.80 erklärte Herr Matthöfer, daß für die Bundesregierung keine Überprüfung der Hilfe zur Diskussion stünde, schon allein weil alle zugesagten Kredite be-

reits in Anspruch genommen worden seien.

Dies mag veranschaulichen, daß es durchaus nicht so ist, daß jedem Regime unabhängig von seiner politischen Ausrichtung Hilfe gewährt wird. Vielmehr sind offensichtlich die Aussichten, auf die „westliche“ Hilfe um so größer, je reaktionärer ein Regime ist.

## ... und die BRD liefert Leopards

Eine solche Politik ist sicherlich sehr kurzfristig und nicht im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik. Die Milliarden DM, die die Steuerzahler dieses Landes letztlich tragen müssen, werden ihnen als „Hilfe für Freund in Not“ dargestellt. Viele werden verständlicherweise zumindestens eine positive Einstellung der türkischen Bevölkerung gegenüber der BRD, wenn nicht Dankbarkeit, erwarten. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Niemand darf sich wundern, wenn große Teile unseres Volkes das verhaßte Unterdrückungsregime gerade wegen dieser sogenannten Türkei-Hilfe mit der BRD in Verbindung bringen.

Da diese Sichtweise von Einigen als voreingenommen kritisiert wird, soll hier noch Herr W. Schilling zu Wort kommen, der die Dinge zweifellos aus einem ganz anderen Gesichtswinkel betrachtet und dennoch die obige

Einschätzung bestätigt:

„Das strikte Festhalten am gesellschaftlichen Status quo in diesen Ländern, an einer unreflektierten Unterstützung desselben auf der Grundlage eines angreifbaren Stabilitätsbegriffs, fügte nicht nur den betroffenen Völkern erheblichen Schaden zu. Es schadete auch den westlichen Sicherheitsinteressen.

## „Der Westen hat sich geirrt“

Der Westen suchte regelmäßig seine Interessen durch ein Bündnis mit den jeweiligen Herrschaftseliten im Nahen und Mittleren Osten zu schützen, ohne nach der inneren Legitimation solcher Regime und den daraus sich ergebenden Gefahren für die Stabilität zu fragen. Für die Wirklichkeitsferne einer derartigen Politik kann der Umsturz im Iran als exemplarisch betrachtet werden, und es ist keineswegs ein Zufall, daß der Schah nicht nur als Gewaltherrscher, sondern ebenso als Parteigänger Amerikas gestürzt wurde und noch immer verfolgt wird.

Der Westen hat sich immer wieder darin geirrt, ein Bündnis mit den jeweils Herrschenden garantiere auch die innere Stabilität.<sup>1</sup>

1981 kommt eine Neuauflage der sogenannten „Türkei-Hilfe“ auf die Tagesordnung, es wird wieder um Milliardenbeträge gehen. Kanzler Schmidt hat, ungeachtet der sonstigen Sparmaßnahmen, seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, die uniformierten Machthaber in der Türkei für ihre Leistungen zu honorieren. Somit erhalten diese Zusammenhänge eine kaum zu unterschätzende Bedeutung.

<sup>1</sup> Walter Schilling, „Die Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für die westliche Sicherheit“, in: Europäische Wehrkunde, August 1980, S. 382 f. ■



„Westliche“ Hilfe für das Militär: umso größer, je reaktionärer das Regime

Vorwand: „Türkei-Hilfe“

# Streichungen im Sozial- und Bildungsetat

Für die Steuerzahler in der Bundesrepublik (einheimische wie ausländische!) ist es sicherlich von Interesse zu wissen, woher die vielen Millionen abgezweigt wurden, die der Bundestag für die sogenannte „Türkei-Hilfe“ in einem Nachtragshaushalt am 19.6.80 trotz des Widerstandes von 29 SPD-Abgeordneten bereitgestellt hat. Wir haben versucht, anhand von offiziellen Publikationen der Sache nachzugehen. Dabei stellte sich als Erstes ganz schnell heraus: Die Bundesregierung hat unter dem Vorwand der „Türkei-Hilfe“ auch erhebliche Mittel für die Bundeswehr und die alliierten Streitkräfte in der BRD bereitgestellt. So wurden weit größere Kürzungen und Streichungen im zivilen Bereich vorgenommen, als es allein wegen der Militärhilfe an die Türkei notwendig gewesen wäre. Denn von insgesamt 600 Millionen DM sollen lediglich 130 Millionen in diesem Jahr bezahlt werden. Die restlichen Beträge verteilen sich wie folgt auf die folgenden Jahre: 1981 – 150 Millionen DM, 1982 – 160 Millionen DM und 1983 – 160 Millionen DM (Angaben/„Wehrtechnik“ 8/80, S. 21). Offensichtlich wurde während der Diskussion wegen des Nachtragshaushaltes die Situation in der Türkei als Aufhänger benutzt, um eine weitere Steigerung der Rüstungsausgaben als notwendig hinstellen zu können.

Da nach der erklärten Absicht des Bundesfinanzministers die zusätzlichen Ausgaben ohne neue Verschuldung oder Steuern finanziert werden sollten, mußte man an anderer Stelle kürzen. Laut Nachtragshaushalt vom 19.6.80 (Bundesgesetzblatt vom 12.7.80) waren folgende Ressorts von den Kürzungen betroffen:

- Bundesministerium für Verkehr (über 538 Mill. DM gestrichen.)
- Bundesministerium für Wirtschaft (über 166 Mill. DM gestrichen.)
- Bundesministerium für Forschung und Technologie (über 165 Mill. DM gestrichen.)
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (über 163 Mill. DM gestrichen.)
- Bundesinnenministerium (Umweltschutz!) (über 122 Mill. DM gestrichen.)

- Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (über 110 Mill. DM gestrichen.)
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (über 17 Mill. DM gestrichen.)

Wie man sieht, gibt es kaum einen Bereich des sozialen Lebens, der von diesen, zum Teil sehr erheblichen Kürzungen verschont blieb. Wir hätten gerne erkundet, welche

konkreten Projekte infolge dieser Kürzungen aufgegeben werden mußten, doch unsere haushaltstechnischen Kenntnisse und unser Informationsstand reichten hierfür nicht.

Zum Glück stießen wir in der „UZ“ der Zeitung der DKP, auf einen Kommentar, der genau diese Seite der Angelegenheit beleuchtet. Weil wir ihn sehr informativ fanden, drucken wir ihn ungekürzt ab:

Wir sparen für die türkischen Militärs

## 600 Millionen

In Ankara ist ein Abkommen unterzeichnet worden, mit dem die Bundesregierung dem türkischen Militärregime eine „Rüstungs-sonderhilfe“ in Höhe von 600 Millionen DM zusichert. „Rüstungs-sonderhilfe“ – das heißt: 600 Millionen von unserem Steuergeld zusätzlich zu der ohnehin seit 15 Jahren laufenden „regulären NATO-Verteidigungshilfe“, zusätzlich zu den in der ganzen Welt zusammengeholten Milliarden, die als „Wirtschaftshilfe“ laufen und in denen auch unser Geld steckt.

600 Millionen DM für die Modernisierung der türkischen Streitkräfte, für ein durch einen Putsch installiertes reaktionäres Militärregime, das die Gewerkschaften unterdrückt. Und das zu einem Zeitpunkt, da bei uns von Rotstiftprogramm die Rede ist, von Sparmaßnahmen, Maßhalten, Opfer bringen.

Wer bringt die Opfer für die türkischen Militärs?

Zum Beispiel die Kranken und Alten. Denn um 3 Millionen DM will Bonn die Mittel für Bauvorhaben nach dem „Alten-Plan“ kürzen, um 1,8 Millionen die Mittel für Bauprojekte von Behinderten und um 10 Millionen die Mittel für ein Psychiatrie-Großmodell. Das sind die „Kleinigkeiten“.

Nehmen wir noch die Kürzung des Bundesjugendplans um 3,5 Millionen DM dazu. Aber auch das sind noch längst nicht die 600 Millionen DM für die türkischen Militärs.

Da müssen größere Summen zusammengekratzt werden: 54 Millionen aus dem Sozialbereich des Gesundheitsministeriums, 35 Millionen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, 70 Millionen aus dem Bauprogramm für Hochschulen, 20 Millionen vom Umweltschutz und dann noch 400 Millionen aus dem Straßenbau – darunter auch Schallschutzmaßnahmen: Jetzt erst haben wir die 600 Millionen zusammen, die die türkischen Generale bekommen.

Jedenfalls, wenn die Alten und die Kranken, Jugendliche und Studenten, die betroffenen Bürger fragen: Warum? – das Geld, das für sie bestimmt war, fährt als Panzer durch die Türkei, zur Unterdrückung der dortigen Bevölkerung.

Dabei ist dies noch längst nicht alles. Es soll noch viel mehr gezahlt werden: Für die Rüstung im eigenen Land, für die geplante Stationierung von Atomraketen, für die US-Truppen im Lande – da geht es um noch größere Beträge!

Günter Hänsel

1979 erhielt die Türkei als „westliche Hilfe“ (d.h. alle Arten von Krediten, einschließlich der ausländischen Direktinvestitionen) insgesamt 1246 Millionen Dollar. Im gleichen Jahr mußte das Land als Zinsen für frühere Schulden, Tilgun-

gen und Profittransfers insgesamt 1386 Millionen Dollar an das westliche Ausland zahlen.

(OECD Economic Surveys, Turkey 1980, S. 15)

Rüstungssubvention auf Umwegen

# „Türkei-Hilfe“ hilft der Rüstungsindustrie der BRD

Was den Beitrag der Militärhilfe zur Stärkung der türkischen Streitkräfte betrifft, kann man sich am ehesten ein Bild machen, wenn man die Ergebnisse der bisherigen Hilfe anschaut. Nach amtlichen Angaben erhielt die Türkei in dem 32 Jahre umfassenden Zeitraum von 1946 bis 1974 Militärhilfe im Werte von 3.897,8 Millionen Dollar von den USA<sup>1</sup>. Diese Hilfe war zumeist als „Schenkungs“, und zwar nicht von Geld, sondern von ausgemusterten Waffen und Geräten gegeben worden. Hinzu kommt noch die Militärhilfe der Bundesrepublik von 1965-1979 in Höhe von insgesamt 800 Millionen DM<sup>2</sup>. Im Gegensatz zu den USA wurde die Hilfe der BRD ausschliesslich in Form von Krediten gegeben, bedeutete also eine zunehmende Verschuldung der Türkei. Ausserdem stellen die Folgekosten, d.h. die Kosten für die Wartung und die Ersatzteile usw., die mit diesen Danaergeschenken entstanden, eine weitere Belastung der türkischen Zahlungsbilanz zusätzlich zu den Zinsen und den Tilgungsraten dar.

Das ist die eine Seite. Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen, daß man „für die Sicherheit bezahlen muss“ und dass die Türkei hiervon keine Ausnahme bildet. Doch abgesehen davon, dass diese Hilfe nicht an den Sicherheitsbedürfnissen unseres Landes,

sondern den strategischen Konzeptionen des Pentagon orientiert war und ist und die völlige militärische Abhängigkeit der Türkei von den USA mit sich brachte, hat sie im Endeffekt dazu geführt, dass die waffentechnische Ausrüstung der türkischen Streitkräfte sich heute in einem erbärmlichen Zustand befindet. Dies ist keineswegs eine blosse Behauptung unsererseits, sondern die Einschätzung westlicher „Militär-Experten“, für die, laut Handelsblatt vom 19/20.11.80, die Rüstung der türkischen Streitkräfte zumeist nur noch „schrottwert“ besitzt.

## „Türkei-Hilfe“ bleibt im Lande

Eine richtige Einschätzung der sogenannten Militärhilfe in Höhe von 600 Millionen DM erfordert insbesondere zu wissen, in wessen Taschen diese Millionen im Endeffekt fließen werden. Bekanntlich sollen mit diesem Kredit neue Waffen bei deutschen Rüstungskonzernen gekauft werden. Den grössten Posten machen dabei die 81 Leopard I Panzer aus. Diesen Auftrag erhielten die Firma Krauss-Maffei (München), die zum Flick-Konzern gehört, sowie die Krupp Maschinen Fabrik in

Kiel. Ferner sollen auch 200 Stück der amerikanischen M 48 Panzer des türkischen Heeres, die noch aus den Zeiten des Korea-Krieges stammen, „modernisiert“ werden. Diesen Auftrag erhielten die Firmen Rheinmetall (gehört dem Röchling-Konzern) in Düsseldorf und Wegman in Kassel (Handelsblatt, 19/20.11.80). Den Rest des Kredites soll die Türkei zum Kauf von 250 Panzerabwehraketenanlagen des Typs MILAN verwenden, die von der bekannten Münchner Rüstungsfirma Messerschmid-Bölkow-Blohm (MBB) produziert werden (Wehrtechnik, August 80, S. 21).

So können wir mit gutem Gewissen erklären: Die sogenannte Militärhilfe für die Türkei ist in Wirklichkeit eine Absatzhilfe für bundesdeutsche Rüstungsfirmen. Sie erhöht die Verschuldung der Türkei, verstärkt die militärische Abhängigkeit vom Ausland, bedeutet eine weitere Belastung der Zahlungsbilanz durch immense Nachfolgekosten und dient zur Stärkung der Militärdiktatur. ■

1) Greece and Turkey, Some Military Implication related to NATO and the Middle East, Washington 1975, S. 50

2) Wehrtechnik, August 1980, S. 15

Neue „Wachstumsstrategie“ der Weltbank für die Türkei:

## Landwirtschaft als Rettungsring?

Das Wesensmerkmal der westlichen „Hilfe“ für die Türkei besteht darin, daß sie an Bedingungen verknüpft ist, die die ökonomischen Probleme unseres Landes weiter verschärfen und die wirtschaftliche Abhängigkeit vertiefen werden. Viele unserer Landsleute denken daher eher an Erpressung als an Solidarität, wenn sie das Stichwort „Türkei-Hilfe“ hören. Die von dem Internationalen Währungsfond (IWF) und OECD erzwungenen Zugeständnisse gehen soweit, daß die Welt-

bank und der IWF nach Belieben in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Türkei eingreifen dürfen und die nationalen Souveränitätsrechte in diesem Bereich faktisch aufgehoben worden sind. Dies ist ein Zustand, den unser Volk aus den dunkelsten Zeiten des osmanischen Reiches noch gut in Erinnerung hat.

Die Übergriffe des IWF und der Weltbank in die Hoheitsrechte der Türkei sind kein Geheimnis. Bereits am 17.6. 80 schrieb „die Welt“: „Kaum eine

türkische Regierung könnte es sich im Moment leisten, ihre Wirtschaftspolitik alle Monate wieder inspizieren zu lassen. Diese ‚Kontrollen‘ werden zwar weiterhin stattfinden, aber sozusagen hinter den Kulissen.“

## Tomatensoße und eingemachte Gurken . . .

Die Tatsache, daß ständige Kontrollen stattfinden, wird also nicht bestritten. Was ist nun der Inhalt dieser Kontrol-

len? Welche Politik will man damit der Türkei aufzwingen? Ende November besuchte eine Kommission der Weltbank die Türkei, um die Einhaltung der genannten Bedingungen an Ort und Stelle zu „inspizieren“ und insbesondere den Entwurf des Staatshaushaltes für 1981 zu bestätigen. Bei dieser Gelegenheit erklärten die Vertreter der Weltbank der türkischen Presse gegenüber erneut, daß die Türkei die gegenwärtige Krise nur überwinden könne, wenn sie ihre bisherigen „ehrgeizigen“ Industrialisierungspläne aufgeben und sich auf den Export von landwirtschaftlichen Produkten spezialisieren. Ferner müsse man die staatlichen Betriebe privatisieren „und sich dem ausländischen Kapital öffnen“ („Milliyet“ vom 23.11.80). Dies sind tatsächlich im Wesentlichen die Ziele, die uns die Weltbank und der IWF sowie diejenigen, die hinter diesen Organisationen stehen, aufzwingen wollen. Die Türkei soll die wichtigste Zielsetzung ihrer nationalen Entwicklungspolitik, die Industrialisierung auf der Basis des Aufbaus einer eigenen Schwerindustrie aufgeben und den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie legen.

### Handfeste Interessen als „letzter Schrei“ der Wirtschaftswissenschaften

Hinter diesem Ansinnen stehen nicht irgendwelche bornierten Ökonomen, sondern die handfesten neokolonialistischen Interessen des Monopolkapitals in den westlichen Ländern, die die Türkei als einen lukrativen Absatzmarkt, als ein Reservoir von billiger Arbeit und als ein ökonomisch (und somit politisch) abhängiges Land behalten möchten. Doch diese Interessen werden in der Regel hinter den trockenen Argumenten von quasi-wissenschaftlichen Abhandlungen getarnt. Sogenannte „Sachverständige“ popularisieren die jeweilige Weisheit der genannten Zentren in Form von Mode-Doktrinen in den Fachzeitschriften und schließlich gibt es das akademische Fußvolk, das diesen Doktrinen unkritisch nachbetet. Ein Beispiel für die letzteren ist der Aufsatz von Egbert Gerken in „Europa-Archiv“, wo der Autor frei nach IWF erklärt: „Die Türkei kann aus den Zyklen von Wachstum und Zahlungsbilanzkrisen nur durch den Übergang zu einer Strategie des exportorientierten Wachstums herauskommen. Dies verlangt die glaubhafte und andauernde Abkehr von der Diskriminierung der Sektoren, die auf dem Weltmarkt komparative Vorteile besitzen (derzeit also der Landwirtschaft und der leichten Konsumgüterindustrien, mit zunehmender Entwicklung auch anderer Branchen).“<sup>1</sup>

Ein solches Rezept klingt zunächst plausibel: Warum nicht einen Wirtschaftssektor ausbauen, statt den Auf-

bau von Sektoren in Angriff zu nehmen, die für das Land mehr oder weniger Neuland darstellen? Die türkische Landwirtschaft könnte in der Tat durch Einführung moderner Produktionsmethoden auf breiter Basis, insbesondere aber durch Ausbau der Bewässerung, einen stärkeren Einsatz von Kunstdünger und durch Einführung von ergiebigeren Tier- und Pflanzensorten ihre Produktion um ein Vielfaches erhöhen. Um eine Vorstellung von den Aufgaben zu geben, die auf diesem Gebiet noch zu bewältigen sind, sei erwähnt, daß gegenwärtig lediglich knapp ein Viertel der Böden bewässert wird, deren Bewässerung wirtschaftlich lohnend wäre. Dennoch: Die Anerkennung der landwirtschaftlichen Potenzen der Türkei bedeutet noch lange nicht, daß man die Landwirtschaft zur treibenden Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung machen kann.

man braucht ein leistungsfähiges Transportnetz, Hafenanlagen, Kühlhäuser und -wagen sowie Nachrichtenverbindungen. Ganz zu schweigen von den industriellen Konsumgütern, die die in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen unweigerlich benötigen werden. Wenn nun alle diese industriellen Vorprodukte der Landwirtschaft importiert werden müssen (von dem Bedarf der übrigen Sektoren mal abgesehen), würden die Exporterlöse der Landwirtschaft bald verbraucht sein.

Nur ein Beispiel zur Veranschaulichung: 1979 importierte die Türkei Kunstdünger im Werte von 356 Millionen Dollar, wofür sie mehr als ein Viertel ihrer Einnahmen aus Agrarexporten (1344 Millionen Dollar) verbrauchen mußte.

Zweitens vergessen diejenigen, die für die Türkei „eine Wachstumsstrategie basierend auf Agrarexporten“ propa-

## Die Einkommensverteilung in der Türkei

Einkommensgrößenklassen	Anteil an der Bevölkerung in %:	Anteil am Volkseinkommen in %:
1. Gruppe	20	56,5
2. Gruppe	20	19,5
3. Gruppe	20	12,5
4. Gruppe	20	8,0
5. Gruppe	20	3,4

Quelle: „Türkiye Ekonomisi '80“ von TÜSIAD, zitiert nach „Demokrat“ vom 4.9.80

### Entwicklung der Landwirtschaft setzt eine leistungsfähige Industrie voraus

Eine solche Strategie hätte mehrere grundlegende Schwächen. Zunächst ignoriert sie die simple Tatsache, daß alle Sektoren der modernen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft auf die Industrie angewiesen sind. Eine Steigerung der Produktion der Landwirtschaft und eine Verbesserung der Qualität ihrer Produkte setzt einen zunehmenden Einsatz von Industrieprodukten in der Landwirtschaft voraus. Bewässerungsanlagen sind notwendig, das heißt vor allem Zement, Stahl, Pumpen und elektrischen Strom. Hinzu kommen landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger und Pesticide. Obst und Gemüse können nicht exportiert werden, wenn sie nicht marktgerecht verpackt sind: Das bedeutet Papier und Pappe in guter Qualität, Farbe und Kunststoffe. Die Produkte sind leicht verderblich, d.h.,

gieren, daß bereits heute die Eigenversorgung der Türkei mit wichtigen Nahrungsmitteln (z.B. Fleisch und Milch) ungenügend ist und große Teile unserer Bevölkerung nach offiziellen Angaben schon heute an Unterernährung oder sogar Hunger leiden. Stellt man noch die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung in Rechnung, so erkennt man, daß allzu große Überschüsse in diesem Bereich nicht zu erwarten sind – es sei denn, man ist zynisch genug, angesichts von Hungernden den Export von Nahrungsmitteln zu verlangen.

Zum dritten wird vorausgesetzt, daß die internationalen Märkte für die landwirtschaftlichen Produkte aufnahmefähig für die (geplanten) türkischen Überschüsse seien. Auch das ist eine Rechnung, die nicht aufgehen dürfte. Der Markt der EG ist bereits heute (mit dem vollzogenen Beitritt Griechenlands und dem so gut wie beschlossenen Beitritt Spaniens) gesättigt. Die arabischen Länder können vieles selbst produzieren und werden für den Rest die Türkei nur als ein Anbieter unter zahlreichen anderen anzu-

sehen haben. Hier sind zweifellos gewisse Erfolge möglich, sie können jedoch keine ausschlaggebende Rolle spielen. In der übrigen Welt ist zwar der Hunger groß, das bedeutet aber noch lange nicht, daß auch die nötigen Devisen für dessen Beseitigung mittels türkischer Agrarprodukte zur Verfügung stünden. Mit anderen Worten: den gewinnträchtigen Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte, auf dem die „neue“ Wachstumsstrategie basieren soll, gibt es vorerst nur auf dem Papier.

Das ist jedoch noch nicht alles. Denn viertens kann die Landwirtschaft, selbst bei günstigstem Verlauf ihrer Entwicklung, das Problem der Arbeitslosigkeit, die das dringende soziale Problem der Türkei darstellt, nicht lösen. Mit einem Anteil von über 50% an Erwerbstätigen beherbergt sie bereits heute Millionen von versteckten Arbeitslosen. Das Problem der Arbeitslosigkeit kann nur durch Industrialisierung gelöst werden.

## Ist die Industrialisierung möglich?

Nun mag sich mancher fragen: Zugeben, die Bedingungen der westlichen „Hilfe“ sind für die Türkei sehr nachteilig – aber gibt es denn einen anderen Ausweg als diese Bedingungen zu akzeptieren? Diese Frage kann man bejahen. Der Weg der raschen Industrialisierung des Landes auf der Grundlage des Aufbaus der Schwerindustrie ist gangbar. Dieser Weg ist die einzige mögliche Lösung der vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes. Wenn die Regierungen der „westlichen“ Länder aus wohl kalkuliertem Eigeninteresse der großen Monopole nicht nur nicht bereit sind, eine solche Orientierung zu unterstützen, sondern sie noch mit allen Mitteln zu verhindern trachten, so ist noch lange nicht das letzte Wort darüber gesprochen.

Die Sowjetunion hat wiederholt erklärt, daß sie die Industrialisierungsbemühungen unseres Landes großzügig zu unterstützen bereit ist. Sie hat das nicht nur erklärt, sondern ihre Bereitschaft auch durch ihre Hilfe zum Aufbau von zahlreichen wichtigen Industrieobjekten bewiesen. Heute sind die größten Industriekomplexe der Türkei gerade die, die durch die sowjetischen Kredite errichtet worden sind. Die Zusammenarbeit mit der UdSSR ist für die Türkei besonders günstig, weil die sowjetischen Kredite nicht mit Devisen bezahlt werden, sondern mit Produkten, die auf dem Weltmarkt nicht oder nur schwer abgesetzt werden können. Zudem sind die sowjetischen Kredite, im Gegensatz zu denen der „westlichen“ Länder, an keinerlei Bedingungen gebunden. Die Strukturen der Volkswirtschaften der Türkei und der UdSSR sind dergestalt, daß es einen breiten

Raum für Handel zum gegenseitigen Vorteil gibt, ähnlich wie er zwischen Indien und der UdSSR bereits verwirklicht worden ist. Um zu belegen, daß das nicht nur unsere Meinung ist, drucken wir den Kommentar zu türkisch-sowjetischen Beziehungen im Wortlaut ab, der am 25. 11. 80 in der großen Istanbuler-Zeitung „Milliyet“ auf der 1. Seite erschienen ist (siehe Kasten).

Gegenwärtig verhandelt eine offizielle Delegation von türkischen Fachleuten in der UdSSR über neue Kredite für verschiedene Projekte der Schwerindustrie. Auch in der jetzigen Situation stellt die weitere Entwicklung von freundschaftlichen Beziehungen zwi-

schen der Türkei und der UdSSR eine wichtige Unterstützung für die demokratischen Kräfte unseres Landes dar.

Was steht eigentlich dem entgegen, daß die Kredite für hunderte von Millionen DM, die die Bundesregierung für die Aufrüstung der Türkei bewilligt hat, statt für Panzer und Raketen (die ja im besten Fall Rost produzieren) für Stahlwerke und Industrieanlagen ausgegeben werden? Die Stahlkoker an der Ruhr hätten sicher nichts dagegen.

<sup>1</sup> Egbert Gerken, „Stabilisierung der türkischen Wirtschaft und internationale Hilfe“, in: Europa-Archiv, Folge 21 1980, S.661

## Türkei und UdSSR

Die Türkei ist eines der Länder, die genauestens wissen, daß „sich der Welt öffnen“ nicht bedeutet, entweder nur mit dem Westen oder nur mit dem Osten zusammenzuarbeiten. Der beste Beweis dafür ist die Freundschaft, die seit der Gründung der Republik, sogar seit dem Beginn des Befreiungskampfes zwischen Ankara und Moskau besteht. Diese Freundschaft wuchs und wurde fruchtbar solange die Türkei und die Sowjet-Union innerhalb ihrer Beziehung ihre verschiedenen Staatsformen nicht zum Diskussionsthema machten.

Es ist von Nutzen, sich noch mal an die Meilensteine der Freundschaft zwischen der Türkei und der Sowjetunion im ökonomischen Bereich zu erinnern. Z.B. wurden aufgrund des Handelsvertrages vom 21. Januar 1934 die ersten Baumwoll-Textil-Werke gegründet. Die Verträge von 1967-70 ermöglichten die Stahlwerke in Iskenderun, die Werke zur Herstellung von Metallplatten in Artvin, von Schwefelsäure in Bandirma, die Aluminiumwerke in Seydisehir und die Raffinerie in Aliaga.

Der Wirtschaftsminister der Regierung des 12. September, Sahap Koçatopcu, gehört zu denjenigen, die in der Lage sein müßten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Sowjetunion am besten zu bewerten.

Die türkische Glasindustrie machte als erste von den Früchten dieser Zusammenarbeit Gebrauch. Mit Hilfe eines Kredits der Sowjets bei einer Verzinsung von 2,5 % wurde die Fensterglasindustrie aufgebaut, ihre erste Exportsendung ging in die USA.

Eines der Sicherheitsventile der letzten Krisenjahre unserer Wirt-

## Leitartikel der Milliyet vom 25. November

schaft war ja das türkisch-sowjetische Wirtschaftsabkommen. Die Überwindung der Schwierigkeiten in der Energieversorgung und der Verkauf solcher Produkte, deren Export für uns undenkbar schien, wurde uns durch eine auf Clearingbasis begründete Vertragshilfe für den Kauf sowjetischer Ölprodukte ermöglicht. Ein Außenhandel mit freien Devisen ist natürlich gewinnträchtiger. Keiner kann es leugnen, daß der Reiz der Möglichkeiten größer ist als der Zwang des Güter-austausches. Nur, der vertragsgebundene türkisch-sowjetische Handel war ein Ausweg aus den Schwierigkeiten der Krisentage der Türkei und nützte beiden Ländern.

Zur Zeit führt eine sowjetische Wirtschaftsdelegation in Ankara Gespräche zur Erschließung neuer Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Die Türkei legte in jeder Phase ihres politischen Lebens Wert auf sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit. Die Rolle dieser Zusammenarbeit in Bezug auf sowohl die Welt-, als auch die Nahostpolitik war den Führungen beider Länder immer bewußt. In einer Zeit, in der die Praktizierung der friedlichen Koexistenz im ökonomischen Bereich am wirksamsten ist, liegt es im Interesse eines jeden, den türkisch-sowjetischen Dialog zu intensivieren. Deshalb wünschen wir uns den Ausbau der momentanen Beziehungen mit den Sowjets durch gegenseitige Besuche, die sich an neue Projekte anlehnen sollten.

Die realistischste Ideologie unseres Jahrhunderts ist ein Freundschaftsverständnis, das auf Frieden und Wohlstand basiert. Ankara und Moskau sollten vor allem Garanten dieser gemeinsamen Ideologie sein.

**Milliyet**

Reisebericht eines Lesers:

# Türkei im Spätsommer 1980

Einer unserer Leser war zufällig gerade während des Militärputsches in der Türkei. Er hat freundlicherweise seine Eindrücke niedergeschrieben und uns zur Verfügung gestellt:

Reisende, die wie wir im Juli 80 die bulgarisch-türkische Grenze passierten und in Richtung Istanbul fuhren, mußten sehr schnell in Zweifel ziehen, ob diese eigenartige Spannung, die über dem Land lag, ausschließlich damit zu erklären war, daß man sich nun dem asiatischen Kontinent näherte.

Politische Parolen schrien uns entgegen, unter denen noch teilweise die eilig übertünchten alten Buchstaben sichtbar waren, massenweise zerlumpte Kinder mit großen, hungrigen Augen und damals schon überall Militär, auf den Straßen, vor Geschäften und in den Banken.

Obwohl Militärstreifen die ganze Nacht im Viertel patrouillierten, wurde unser Auto, offensichtlich das Werk von Profis, aufgebrochen und leergeräumt.

Bei unserer Ankunft bei der zuständigen Militärkommandantur, die damals schon die Polizeigewalt innehatte, wurden gerade zwei junge Männer herausgeschleppt, die – beschäftigungslos – sich aus illegalen Quellen ein Einkommen verschafft hatten. Sie mußten sich durch ein Spalier von jammernden Angehörigen den Weg bahnen, deren feindselige und anklagenden Blicke uns betroffen machten. Ich begann daran zu zweifeln, ob es richtig war, eine Anzeige des Diebstahls zuzulassen. Der mit dem Fall beschäftigte Offizier entschuldigte sich bei uns wegen des Diebstahls auf eine unangenehm-schmeichlerische Art, dozierte kurz auf englisch darüber, daß das Antasten fremden Eigentums doch wohl das frevelhafteste Verbrechen sei und unterhielt sich dann mit unseren Gastgebern auf türkisch weiter. Während des Gesprächs fiel mir auf, daß sich die Gesichter unserer Gastgeber mehr und mehr verdüsterten, daß uns während des „Geplauders“ verzweifelte Blicke von ihnen zugeworfen wurden. Später erfuhren wir dann, daß der Offizier weniger kriminalistische Einzelheiten angesprochen hatte, sondern politische: er hatte offenherzig darüber geplaudert, daß nunmehr endlich ein Anlaß gefunden wäre, um Razzien in den anliegenden Arbeitersiedlungen durchzuführen und um zwei als besonders „aufsässig“ bekannte Bauarbeiter mal eine Nacht lang durchzuprügeln! Unsere Gastgeber fanden nicht den Mut dagegen zu protestieren.

Wir hatten also als deutsche Gewerkschaftsmitglieder dem Militär den An-



Streikende in der Türkei: Nach dem Putsch stattdessen Armeeposten, Panzer und Straßenkontrollen

laß geliefert, unsere türkischen Kollegen zu terrorisieren.

Diese widersinnige, quälende Tatsache ist uns in der Nacht, in der die zwei Bauarbeiter gefoltert wurden, klar geworden und hat unser Verhältnis zu diesem Land bestimmt.

Bevor wir weiter in den Süden „flohen“, besuchten wir – auch um unser Gewissen etwas zu beruhigen – eine von den damals zahlreich bestreikten Fabriken, deren Belegschaften wegen der Ermordung ihres Gewerkschaftsführers demonstrativ die Arbeit niedergelegt hatten. Wir wollten etwas über ihre Situation erfahren und eine Solidaritätsspende überreichen. Die Wärme, die uns dort entgegengebracht wurde, war überwältigend. Mit Hilfe einer deutschsprechenden Türkin erfuhren wir von der katastrophalen Lebenslage der Bevölkerung, vom faschistischen Terror und von den Übergriffen des Militärs. Wir mußten über den Neofaschismus in der BRD berichten, von der Situation der Arbeiter und vom Widerstand in unserem Lande. Wir tranken zusammen Tee, hörten aufmerksam zu und sprachen über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Arbeitenden über alle Grenzen hinweg.

Durchs Rückfenster sahen wir sie noch lange winken, sahen ihre lachenden Gesichter, die uns nun näherstanden als alles andere in diesem Land.

Als wir ins Wohnviertel zurückfuhren, gerieten wir mitten in eine Kontrolle, bei der die Fahrer vor uns von Kopf bis Fuß gefilzt wurden. Der leitende Offizier erkannte uns, steckte seinen Kopf durchs Wagenfenster, erklärte uns grinsend, daß dies nur für uns geschehe und ließ uns passieren. Wir verließen Hals über Kopf die Gegend.

Als wir später im Süden der Türkei vom Putsch überrascht wurden, und, auf dem Wege das Land zu verlassen, an der Fabrik vorbeifuhren, stand „unser“ Streikposten nicht mehr vor den Toren. Statt dessen überall Armeeposten, Panzer und Straßenkontrollen; blutjunge, nervöse Soldaten, den Finger am Abzug des entschicherten NATO-Schnellfeuergewehrs. Neben Berichten von Massenverhaftungen, Zerschlagung der letzten demokratischen Errungenschaften, durften wir die propagandistisch genutzten Liebeserklärungen des bundesdeutschen Finanzministers an die Putschisten im türkischen Fernsehen miterleben. Während das Militär gegen Gewerkschafter vorging und auf dem Unigelände Panzer auffuhren, saher wir auf unserer Heimreise, unseren Augen nicht traugend, Bundeswehrsoldaten in Kampfuniformen durch die Städte im Norden der Türkei promenieren; sicherlich nur anwesend wegen der gleichzeitig stattfindenden NATO-Manöver, aber zweifelsohne hervorragend dafür geeignet, den Putschisten ein offizielles bundesdeutsches Demokratie-Mäntelchen umzuhängen.

Aus den Massenmedien zuhause war dann auch nicht mehr allzuviel über die Türkei zu erfahren, was auch nur annähernd als den wahren Verhältnissen entsprechend zu bezeichnen gewesen wäre.

Fest haftengeblieben ist bei uns deshalb die Erkenntnis, die uns damals im Gespräch mit den Streikenden deutlich geworden war:

Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Demokraten über alle Grenzen hinweg und der vor allem jetzt so dringend gewordenen gegenseitigen Hilfe.

## Türkei—Israel:

### Beziehungen eingefroren

Die Türkei kündigte am 3. Dezember 1980 die Beschränkung der diplomatischen Beziehungen mit Israel auf eine Vertretung durch ein stellvertretendes Sekretariat im türkischen Konsulat in Tel-Aviv an. Seitens des türkischen Außenministeriums wurde als Grund die Verlegung der Hauptstadt nach Jerusalem genannt. In der Erklärung heißt es u.a. „Diese Entscheidung ist ein Ergebnis der kompromißfeindlichen und harten Politik Begins, die Israel heute in die Isolation führt.“

Weiter hieß es, daß Israel ebenfalls in seiner Vertretung in Ankara nur über einen stellvertretenden Sekretär verfügen und das Personal im israelischen Konsulat in Istanbul sich auf eine Mindestzahl beschränken sollte. Die Handelsvertreter und Informationsbeauftragten des Israelischen Staates hätten das Land zu verlassen.

Am nächsten Tag, am 4. Dezember, wurden diese „Gerüchte“, die darauf hin deuten sollten, „die Türkei habe diese Entscheidung unter Druck bzw. auf Empfehlungen getroffen“, vom Außenminister İtler Türkmén dementiert. Er sagte wörtlich: „Das sind Spekulationen und haben mit meiner Reise nach Saudi-Arabien nichts zu tun.“

Die Reaktionen auf die Entscheidung auf die türkischen Regierung seitens arabischer Staaten waren durchweg positiv. Die europäischen Staaten verzichteten auf offizielle Stellungnahmen, deuteten lediglich an, daß die Entscheidung keine Überraschung für ihre Regierungen gewesen sei und auch in Europa die Politik Israels mit Skepsis betrachtet werde.

Der Botschafter Jordaniens in Ankara, Faysal E. Hamud, erklärte, Jordanien wünsche sich die Türkei als Führer der islamischen Welt. Diese Entscheidung habe historische Bedeutung.

## Europa-Parlament über die Situation in der Türkei

# Kommission gebildet

Die erste Sitzung des europäischen Parlamentes beschäftigte sich einen Tag später, am 19. November, mit der politischen Entwicklung in der Türkei nach dem Militärputsch.

Während die kommunistische Fraktion, unter Leitung Berlinguers, von einer antidemokratischen Entwicklung in der Türkei sprach, das Parlament auf die sich erhöhende Zahl der Verhaftungen und die Folterungen in den Gefängnissen aufmerksam machte und den sofortigen Abbruch aller Beziehungen zur Türkei forderte, nannte Glinne, im Namen der Sozialisten, die Bildung eines verfassungsmäßigen und demokratischen Regimes als notwendige Voraussetzung für einen Dialog zwischen der EG und der Türkei. Berlinguer sagte in seiner Rede: „Der Zeitpunkt, wo das Regime, das der Bevölkerung von Militärs aufgezwungen wurde, hätte verurteilt werden müssen, ist längst überschritten. Daher ist die Kündigung der Beziehungen zwischen der EG und der Türkei dringend notwendig geworden und sie sollten erst wieder aufgenommen werden, wenn demokratische Verhältnisse gänzlich hergestellt worden sind.“ Jacqueline Hoffmann, Parlamentarierin der KPF und Mitglied der EG-Türkei-Kommission, äußerte sich wie folgt: „Wir verurteilen hiermit dieses Regime in der Türkei, das mit faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen operiert. Diese Militärjunta hat die Gewerkschaften, die politischen Parteien, die demokratischen Organisationen verboten; das Parlament auseinandergejagt, tausende von Gewerkschaftern, Demokraten eingekerkert. Die Folterungen haben ein ungeheures Ausmaß erreicht. In diesem Land herrscht Staatsterror. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Wir stellen uns gegen die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der EG und dieser Regierung bis zu dem Zeitpunkt, bis die Demokratie wiederhergestellt worden ist.“

Der Fraktionsführer der Sozialdemokraten, der Belgier Glinne, kritisierte die Ausführungen des Vorsitzenden

Thorns, da sie, außer einigen Andeutungen zur momentanen Situation, keine neuen Aspekte zum eigentlichen Problem gebracht und die Lage bisher nicht bewertet hätten. Dies verstärkte die Stellung der Generäle. Er gab aus den europäischen Pressemeldungen Nachrichten über die Massenverhaftungen, Folterungen und die Pressezensur in der Türkei bekannt.

Im Namen der Europäischen Volkspartei vertrat Blumenfeld die Position, daß die Demokratie in der Türkei in kürzester Zeit restauriert werden und in diesem Sinne das erste Zeichen für weitere Beziehungen seitens der Türkei erfolgen müsse. Europas Beitrag dazu sei, durch einen wirtschaftlichen Druck den Demokratisierungsprozeß zu beschleunigen.

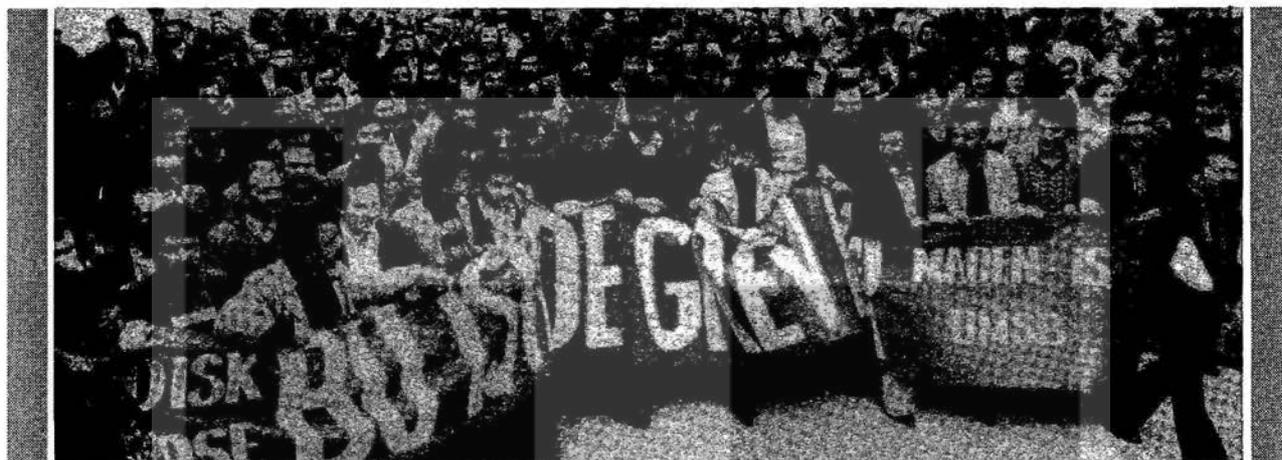
Als Vertreter der Demokraten äußerte sich der Engländer Fergusson optimistisch über die Lage in der Türkei. Im Europäischen Parlament wurden drei Beschlußanträge, deren kurzfristige Annahme von den Kommunisten und Sozialisten beantragt worden war, mit der Stimmenmehrheit der Konservativen, der Christdemokraten und der Liberalen abgelehnt. Die Beschlußanträge der Kommunisten beinhalteten die Einfrierung des EG-Wirtschaftsabkommens mit der Türkei und die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, der der Sozialisten die Beauftragung einer Untersuchungskommission mit der Überprüfung der Situation in der Türkei durch Gespräche mit ehemaligen Parlamentariern, Vertretern der verbotenen Organisationen und anderer demokratischer Kräfte.

Stattdessen wurde die Bildung einer Kommission beschlossen, die in den nächsten Wochen in die Türkei reisen wird, um dort mit Regierungsvertretern in Kontakt zu treten, und in der Januar-Sitzung des Europa-Rates über ihre Ergebnisse berichten soll.

Dieser Beschluß löste bei den Vertretern der Junta große Erleichterung aus.

Maden-Is Generalsekretär gab Pressekonferenz in Straßburg

# Die Militärjunta unterdrückt die Gewerkschaftsbewegung



Metall-Gewerkschaft Maden-Is: Heute sind viele Gewerkschafter in Gefängnissen

Anlässlich einer Pressekonferenz in den Räumen des Europäischen Parlamentes traf am 18. November der Generalsekretär der türkischen Metaller-Gewerkschaft Maden-Is, Halit Erdem, in Straßburg ein, um über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei zu berichten.

Erdem begründete sein Kommen mit dem Anliegen, die Öffentlichkeit über das wahre Gesicht des Geschehens in der Türkei aufzuklären.

Zu Beginn schilderte er, daß, gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Gewerkschaften, auch Maden-Is nach der Schließung der Konföderation DISK verboten, gegen ihre Funktionäre Haftbefehle erlassen worden seien und sich inzwischen sechs von sieben Vorstandsmitgliedern in Haft befänden.

Er fuhr mit einem kurzen Bericht über die ersten Maßnahmen der Junta fort: „Mit dem Militärputsch am 12. September wurden alle Menschenrechte und Freiheiten durch Militärgewalt abgeschafft. Die politischen Parteien, die Gewerkschaften, alle demokratischen Organisationen wurden verboten. Das Parlament wurde aufgelöst, die Verfassung annulliert und die Justizvollzugsorgane wurden lahmgelegt. Die ökonomischen Maßnahmen der Monopole wurden mit Gewalt umgesetzt, indem die Streiks der 35.000 Metall-, der 15.000 Textil- und der 10.000 Glasindustriearbeiter verboten und die Arbeiter mit Waffengewalt zur Arbeit gezwungen wurden.“

Weiter berichtete Erdem über die Zunahme der Unterdrückungsmaßnahmen, mit denen die Junta ihre Position zu sichern sucht. Die Verhaftungswelle gegen Gewerkschafter, Betriebsräte, Intellektuelle, kurdische Demo-

kraten und Frauen werde systematisch durchgeführt, Folter stehe auf der Tagesordnung. Über die Presse sei Zensur verhängt worden. Als Beispiele hierzu nannte er die Schließung der ältesten Tageszeitung der Türkei, Cumhuriyet, mit der Begründung, sie habe in großen Lettern über die Ermordung des Verlegers İlhan Erdost durch Kolbenschläge berichtet, und den Druck, der auf die Presse ausgeübt wurde, um die Veröffentlichung der Rücktrittserklärung Ecevit's zu verhindern.

Erdem nannte folgende zwei Gründe für den Putsch der Generale: Zum einen diene er dazu, eine absolute Hegemonie der Monopole im Lande zu errichten und so die Folgen der wirtschaftlichen Krise der Bevölkerung aufzubürden, die Arbeiterbewegung und das Volksbündnis, die sich gegen einen solchen Versuch auflehnten und mit parlamentarischen Mitteln nicht aufzuhalten waren, mit Waffengewalt zu zerschlagen. Zum anderen diene er zur Errichtung eines „stabilen“ Staates im Interesse des US-Imperialismus und der NATO nach dem Verlust ihrer Bastionen im Nahen Osten. Er verwies darauf, daß der Putsch sich mit Kenntnis der USA und der NATO vollzogen habe.

Erdem warf der Militärjunta des weiteren vor, sie versuche die Weltöffentlichkeit durch die Verbreitung von Demagogien und Lügen zu täuschen. So sei der sogenannte „Demokratisierungsprozeß“ der Junta eine Irreführung, da stattdessen die Militarisierung der Verwaltung auf jeder Ebene erfolge und die antidemokratischen Praktiken noch intensiviert würden. Auch die Behauptung, der Terror sei eingedämmt worden, sei nichts anderes als eine Lüge. An die Stelle des

faschistischen Terrors sei jetzt der Staatsterror getreten. In diesem Zusammenhang nannte Erdem einige aktuelle Zahlen:

In den letzten 60 Tagen seien 500 Personen auf offener Straße ermordet worden, 30 Personen in Folge von Folterungen gestorben, in den Arbeitervierteln der Städte, in den kurdischen Dörfern würden sogenannte „Operationen“ durchgeführt und tausende Personen in Untersuchungshaft genommen.

„Die Überwindung des Terrors“, sagte Erdem, „kann nicht durch die Errichtung einer Militärdiktatur erfolgen.“

Im letzten Teil betonte Erdem, daß das Großkapital der USA und Westeuropas die Putschisten in ihre Obhut genommen haben und um das Image der Junta bemüht seien. Die Gefahr eines Überganges zu einem faschistischen Regime sei nicht zu übersehen. Doch sei dann, meinte er, für die internationale Öffentlichkeit die Frist zu handeln verstrichen. Erdem fragte, ob für den Protest gegen eine Militärjunta erst die Ermordung Zehntausender – wie in Chile – notwendig sei und rief die demokratische Weltöffentlichkeit zum Engagement und Protest gegen jegliche finanzielle Unterstützung der Militärjunta auf.

Erdem richtete sich auch gleichzeitig an die anwesenden Pressevertreter, da die Rolle, die die Presse bei der Mobilisierung der Öffentlichkeit spiele, nicht zu unterschätzen sei. Durch die Enthüllung des wahren Gesichtes der Junta könne die internationale Presse einen Beitrag zur Beendigung der Folterungen an Zehntausenden und zur Verhinderung eines Überganges zum Faschismus leisten. ■ 19

## Protest gegen Rüstungshilfe

# Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“

Mit Empörung nehmen wir die Mitteilung zur Kenntnis, daß die BRD die Putsch-Generäle in der Türkei mit 600 Mio. DM unterstützen will.

Wir protestieren gegen diese massive zusätzliche Militärhilfe durch die Bundesregierung. Vor dem Putsch hat sie die Hilfe für die Militärs damit begründet, daß die „Demokratie gestärkt werden müsse“. Heute leistet sie Militärhilfe „damit die Demokratie wieder hergestellt werde“.

Tatsache ist, daß die Bevölkerung unseres Landes im Sozial- und Bildungsbereich Opfer bringen soll, damit die Bevölkerung in der Türkei weiter durch die NATO-Generäle unterdrückt werden kann.

Wenn die Bundesregierung diese Militärhilfe zahlt, unterstützt sie eine Junta,

- die alle demokratischen und politischen Rechte abgeschafft und noch immer sozialdemokratische und andere Parlamentsabgeordnete in Haft hält.
- die durch die Politik den Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP), Ecevit, dazu zwang, von seinem Amt zurückzutreten, da er in diesem politischen Klima seiner Aufgabe nicht mehr nachkommen konnte.
- eine Junta, die nach Meldung der streng zensierten Presse der Türkei, seit ihrer Machtübernahme für über 400 Tote, die bei sogenannten „Operationen der Sicherheitskräfte“ ermordet wurden, verantwortlich ist.
- ein Regime, das Tausende Gewerkschaftsmitglieder und Vertrauensleute verhaften ließ und schweren Folterungen unterwirft.

Diese Generäle und ihre Hintermänner wollen ihre brutalen Angriffe auf die sozialen und politischen Rechte der Völker der Türkei fortsetzen. Diese zusätzliche Militärhilfe ermuntert sie dazu.

Darum protestieren wir im Namen der Unterzeichner der Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ und unterstreichen unsere Forderungen:

- Wir fordern die Achtung der Menschenrechte in der Türkei und die Herstellung demokratischer Freiheiten. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufhebung des Kriegsrechts.
- Wir fordern von der Bundesregierung die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe an die Putschisten.

Duisburg, den 22. Nov. 1980

Peter Heinrich, Betriebsrat, Herten - Michael Höhn, Pfarrer, Gummersbach - Klaus Liebe-Harkort, Prof. Dr., Bremen - Karl-Heinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender, Duisburg - Klaus Thüsing, MdB, Bonn

## Demonstration in Köln

Die Initiative „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“, die mittlerweile bundesweit von zahlreichen Persönlichkeiten vor allem aus gewerkschaftlichem Bereich unterstützt wird, protestierte in einer ersten Stellungnahme gegen die kürzlich erfolgte zusätzliche Bonner Militärhilfe in Höhe von 600 Mio. DM (Siehe Kasten).

Inzwischen gab die Initiative in einer Pressemitteilung bekannt, daß für den 10. Januar eine bundesweite Konferenz **20** in Köln einberufen werde, auf

der künftige überregionale und örtliche Aktivitäten beraten werden sollen. Neben Diskussionen und Kurzreferaten – u.a. mit Augenzeugen aus der Türkei – stehen auch Vorbereitungen für die von der Initiative für den 31. Januar in Köln vorgesehene Großdemonstration auf dem Programm.

Kontaktanschrift für weitere Informationen: „Solidarität mit den Demokraten der Türkei“, c/o Karl-Heinz Stommel,

Postfach 100 682,  
4100 Duisburg



Pressekonferenz der FIDEF:

# Woche gegen die Ausländer feindlichkeit

Auf einer Pressekonferenz in Bonn gab der FIDEF-Bundesvorstand Einzelheiten zur geplanten „Woche der Freundschaft – gegen Ausländerfeindlichkeit“ bekannt, die in der Zeit von 27.12.1980 - 3.1.1981 stattfinden soll.

Ziel der geplanten Woche ist es, der in den letzten Monaten vor allem durch rechtsextremistische Kreise geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken und die vorhandenen Ansätze zur Integration der ausländischen Mitbürger auszubauen.



Mustafa Celik: Mein Sohn ist Opfer eines Fremdenhasses geworden, der sogar Kinder zu Gewalttaten gegen Ausländer anstiften kann.



Zu diesem Zweck werden in der Woche in vielen Städten zentrale Veranstaltungen, Foren, Podiumsgesprächen und Informationsabende sowie Folklore-Feste durchgeführt. Im Vorfeld der Aktivitäten wirbt FIDEF bundesweit mit etwa 20.000 mehrsprachigen Flugblättern und 3.000 Plakaten für die Freundschaftswoche. Nach Angaben der FIDEF-Sprecher wird auch in verschiedenen Gemeinden im Gottesdienst auf die Ziele der Woche hingewiesen werden. In vielen Städten werden die Aktionen gemeinsam mit Organisationen deutscher und Kollegen anderer Nationalitäten durchgeführt.

(Fortsetzung auf S.28)

Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei fordern:

## Aufhebung des Visumszwanges

In Emmerich wurde kürzlich bei einer Gasexplosion eine Kollegin aus der Türkei schwer verletzt. Da sich das nächstliegende Krankenhaus in Holland befindet, wurde sie in dieses eingeliefert, wo ihre Familie sie nun aber aufgrund des Visumszwanges nicht besuchen kann. Solche menschenfeindlichen Vorkommnisse, die durch den Visumszwang entstehen, dürfen sich in Zukunft nicht wiederholen.

### WARUM VISUMSZWANG ?

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist durch krisenhafte Erscheinungen gekennzeichnet. Die DM wurde, wenn auch geringfügig, abgewertet. Die Produktion in der Automobil-Industrie ging um 8 % zurück. OPEL entließ 4 Tausend, FORD 6 Tausend Arbeiter. In der Stahlindustrie wurden allein in Dortmund bei Hoesch 10 Tausend Arbeitsplätze vernichtet. Von dieser Arbeitsplatzvernichtung sind nicht nur die Arbeiter und ihre Familien, sondern durch die Beeinträchtigung der umliegenden Betriebe insgesamt 100 Tausend Menschen betroffen.

Auch in der Chemischen Industrie nimmt jetzt die Kurzarbeit zu. Opfer der Massenentlassungen sind, neben den älteren Kollegen, zuerst die Arbeiter aus der Türkei.

Schon zur Zeit der Demirel-Regierung haben viele Kollegen aus der Türkei ihre Familienangehörigen wegen faschistischen Terrors, der Unterdrückung und der Folter, denen diese ausgesetzt waren, zu sich in die Bundesrepublik geholt. Im Jahre 1979 stieg allein in NRW die Zahl der türkischen Staatsangehörigen auf 35 792. Dieses Recht auf Familienzusammenführung wird ihnen nun durch den Visumszwang verwehrt, der mit der „Eindämmung des Asylantenstroms“ begründet wird.

Der wirkliche Grund für die Einführung des Visumszwanges ist jedoch nicht die steigende Zahl der Asylbewerber. Die Tatsache, daß im Zeitraum von 1973-1979 nur 20 000 Asylbewerber aus der Türkei in die gesamte Bundesrepublik, jedoch 174 541 Familienangehörige allein nach NRW kamen, ist ein Beweis dafür, daß der sogenannte

„Asylantenstrom“ nur zum Vorwand für die Durchsetzung des Visumszwanges genommen wurde. Selbst wenn dies der tatsächliche Grund wäre, läßt sich das Problem der Asylanten kaum auf diese Art lösen, da die Ursachen hierfür in der politischen und wirtschaftlichen Krise der Türkei liegen. Es läßt sich auch nicht durch die Unterstützung derjenigen lösen, die die gegenwärtige Krise verursacht haben, sondern nur durch die Errichtung demokratischer Verhältnisse in der Türkei.

Die Militärhilfe in Höhe von 600 Mill. DM, die die Bundesregierung jetzt der Militär-Junta gewährt hat, wird die Unterdrückung, den Terror und die Folter nur noch verschlimmern.

Deshalb fordern wir:

- Sofortige Einstellung der Unterstützung der Militär-Junta in der Türkei!
- Sofortige Aufhebung des Visumszwanges!

# Dortmund wehrt sich — mit seinen deutschen und ausländischen Mitbürgern



Freitag, der 28. November, wurde zu einem bedeutenden Tag für die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Über 70.000 Menschen demonstrierten in Dortmund für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze: „Stahlwerk jetzt!“ hieß die Parole. Kollegen aus allen in der Stadt und in der näheren Umgebung vertretenen Industriezweigen marschierten mit ihren Hoesch-Kollegen. Angestellte und Beamte, Hausfrauen, Ärzte und Rentner, die arbeitende und studierende Jugend: Die ganze Stadt mit ihren deutschen und ausländischen Mitbürgern war auf den Beinen. An die Spitze des Demonstrationzugs hatten sich die Bürgermeister aus verschiedenen Städten des Landes gestellt.

Kurz vor Beginn der Demonstration wurde der öffentliche Verkehr eingestellt; Läden, Banken und Kaufhäuser machten zu. Die Kirchenglocken läuteten, und in mehreren Gebetsstätten für islamische Gläubige riefen die Imams die Arbeiter aus der Türkei zur Teilnahme an der Demonstration auf. „Eine Stadt wehrt sich“. Diese Überschrift war in diesem Falle in der Tat zutreffend.

## 40 000 Menschen betroffen

Lange hatten die Politiker versucht, die Pläne des Estel-Hoesch-Konzerns hinter verschlossenen Türen abzuhandeln. Aber der Stufenplan der Hoesch-Bosse, der vor einem Jahr von der DKP-Betriebszeitung „Heißes Eisen“ enthüllt wurde und in einigen Jahren die Entlassung von insgesamt 22.000 Hoesch-Kollegen vorsah, war mit beschwichtigenden Worten nicht mehr zu verniedlichen. Auf einer Versammlung der IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute im Oktober wurde dann, angesichts der hartnäckigen Weigerung der Konzernleitung ein Aktionsplan erarbeitet, mit dem sich auch Gewerkschaftskollegen aus anderen Bereichen

spontan solidarisierten. Die IG-Metall startete eine landesweite Kampagne; Wissenschaftler, Künstler, Anwälte und zahlreiche andere Bürger der Stadt schlossen sich zu einer Bürgerinitiative zusammen. Die Frauen der Hoesch-Kollegen gründeten ein Solidaritätskomitee. Sie verteilten an die Dortmunder Bevölkerung Informationsmaterial, führten Hausbesuche und Informationsveranstaltungen durch und sammelten binnen kurzer Zeit zehntausende von Unterschriften. Die aktive Beteiligung der ausländischen Kollegen an all diesen Aktionen wurde zu einem eindrucksvollen Beitrag gegen die ausländerfeindlichen Parolen der letzten Monate.

Der ständig wachsende öffentliche Druck veranlaßte schließlich den Oberbürgermeister der Stadt am 6. November die Fakten auf den Tisch zu legen: Bei Hoesch seien seit 1966 bereits 6000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Dies wäre hingenommen worden, weil man mit dem Bau eines neuen Stahlwerkes gerechnet habe. Der Verzicht auf das neue Stahlwerk bedeute in der ersten Stufe Vernichtung von zunächst 10.000 Arbeitsplätzen und gefährde in absehbarer Zukunft die soziale Sicherheit von mindestens 40.000 Menschen in der Stadt. Der sinkende Umsatz würde dann ständig weitere Arbeitsplätze im Handel, Gewerbe und im Öffentlichen Dienst in Gefahr bringen.

Erst von diesem Zeitpunkt an fühlten sich auch die bürgerlichen Blätter verpflichtet, ausführlicher über den Vorgang zu berichten. In einem Informationsblatt enthüllte die Bürgerinitiative „Stahlwerk jetzt“ die Hintergründe: Das zunächst zugesagte, von der Konzernspitze dann fallengelassene Stahlwerk war von vornherein nicht zur Kapazitätsausweitung bestimmt; es sollte nur die veralteten Anlagen, in Dortmund teilweise ersetzen, wo die Rohstahlproduktion bereits von 7,7

Mio. auf 5,6 Mio. Tonnen reduziert worden ist und weiter reduziert wird.

Die multinationalen Konzerne vermehren also ihre Gewinne durch ständige Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerungen, die ersatzlos Arbeitsplätze vernichten. 40% von den derzeit insgesamt 660.000 Beschäftigten im Eisen- und Stahlbereich in den westeuropäischen Ländern sollen, nach Plänen der Stahlkonzerne, in den nächsten Jahren „freigesetzt“ werden. Die Fusion der Estel-Hoesch AG mit Hoogovens (Holland) diene auch nur diesem Zweck.

Doch der Widerstand der Dortmunder Bürger durchkreuzte zunächst einmal die Rechnung der Stahlbosse.

## Ausländische Kollegen bleiben nicht abseits

Der 28. November markierte nicht den abschließenden Höhepunkt, sondern eher den machtvollen Beginn der Aktionen in Dortmund. Die beeindruckende Demonstration war zugleich ein Ausdruck der Tatsache, daß die an Superprofite orientierte Politik der multinationalen Konzerne gegen die Interessen der ganzen Bevölkerung gerichtet ist und von dieser einhellig abgelehnt wird. Dortmunder Bürger sind offensichtlich entschlossen, ihren Kampf, der eigentlich der Kampf aller Städte, aller Werktätigen gegen die Großkonzerne ist, unbeirrbar fortzuführen. Die ausländischen Mitbürger haben dabei erneut bewiesen, daß sie sich als einen Teil der Arbeiterklasse dieses Landes begreifen und dementsprechend handeln. Diese — mit länger werdender Aufenthaltsdauer der ausländischen Kollegen — zunehmende organische Verbundenheit deutet zugleich auf die Dimensionen, die der Kampf gegen die multinationalen Konzerne in den nächsten Jahren annehmen kann. ■

Dunkle Beziehungen der FAZ zu Türkes

# Gegen die Pressefreiheit - für rechtsextremistische Banden

Wir hatten in unserer November-Ausgabe berichtet, daß am 11.11.80 die Tageszeitung „Cumhuriyet“ von dem Kriegrechtskommandanten verboten wurde. Dieser Schritt stieß auch im Ausland auf einhellige Verurteilung und irritierte diejenigen Kreise, die in der Politik der Junta noch immer die „Fortsetzung der kemalistischen Traditionen der türkischen Armee“ sehen wollen. Unter dem Eindruck der weiteren Isolierung wurde das Verbot nach zehn Tagen wieder aufgehoben.

Ungeachtet der Tatsache, daß die umfassenden Maßnahmen zur Unterdrückung der Presse und der Verlage verstärkt werden, war die Wiedezulassung der „Cumhuriyet“ zweifellos ein beachtlicher Erfolg für die demokratischen Kräfte der Türkei.

Doch gibt es auch Kräfte in der BRD, die die Zurücknahme des Verbots offensichtlich beunruhigt. Einer von ihnen ist Harald Vocke von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Obwohl sie auf groben Fehleinschätzungen be-

ruhen, widerspiegeln seine Auslassungen den tiefsitzenden Antisowjetismus und die damit engstens verbundene Demokratiefeindlichkeit dieser Kräfte dermaßen zutreffend, daß wir sie nicht unseren Lesern vorenthalten möchten und ungekürzt abdrucken

gesichts des Verbots, sondern angesichts der Aufhebung des Verbots – nicht verbergen. Wie wird diese zutiefst antidemokratische Haltung begründet? Einmal mit der angeblichen prosovjetschen Haltung der fraglichen Zeitung.

Daran ist nur soviel wahr, daß die „Cumhuriyet“ in ihrem Bemühen, die kemalistischen Traditionen der Außenpolitik fortzusetzen, die Entwicklung von gutnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion verteidigt und sich gegen die Degradierung der Türkei zur Speerspitze der NATO wendet. Sie vertritt einen Nationalismus, der sich auch gegen diejenigen richtet, die unser Land als Absatzmarkt der internationalen Monopole sehen wollen. Das genügt schon für einen Vocke: Er und seinesgleichen in der Türkei wissen sehr wohl, daß sie in einer öffentlichen Auseinandersetzung keine Chance haben, weil sie einen Standpunkt vertreten, der den Grundinteressen unseres Volkes diametral entgegengesetzt ist.

## FAZ gegen Wiedezulassung von Cumhuriyet

Zum zweiten spricht Herr Harald Vocke von dem angeblich immer härter werdenden Druck der herrschenden Generale auf die ehemalige „parlamentarischen“ Rechte. Was meint er damit? In der Türkei befinden sich gegenwärtig von den Rechtskräften lediglich die leitenden Funktionäre der orthodox-islamischen Partei („Nationale Heilspartei“) und der faschistischen „Partei Bezeichnend ist die Sorge, mit der Herr Vocke die Wiedezulassung einer Zeitung betrachtet, trotz seiner Lippenbekenntnisse zur Pressefreiheit kann er seine Betroffenheit – nicht etwa an der Nationalen Bewegung“ (MHP) des

## DGB Offenbach gegen „Graue Wölfe“

Momentan beabsichtigen die Faschisten (Graue Wölfe aus der Türkei) in Offenbach einen Verein zu gründen, um unter bürgerlichem Schutz den Terror gegen ihre Landsleute organisieren zu können.

Folgende Einzelheiten sind bekannt:

- Der zu gründende Verein soll Mitglied der „Türk-Föderation“ werden, deren Zentrale in Frankfurt ist.
- Zur Gründung wurde ein türkischer Staatsbürger eingeschleust unter dem Vorwand, hier studieren zu wollen.
- Zur Zeit wird nach einem Vereinslokal gesucht, um kontinuierlich politisch arbeiten zu können.

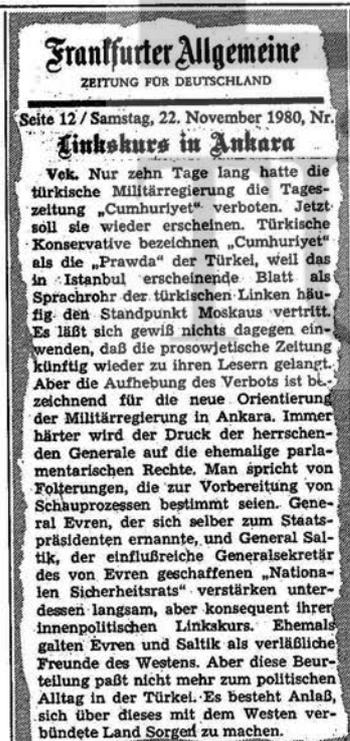
Die ersten Auswirkungen der Aktivitäten der ‚Grauen Wölfe‘ zeigen sich bereits:

- In der Schule und am Arbeitsplatz bilden sich politische bedingte Fronten, die den Arbeitsfrieden und das Lernen empfindlich stören.
- Der Druck – noch verstärkt durch die Militärdiktatur im Heimatland – auf die türkischen Kollegen im schulischen Bereich wird immer unerträglich.
- Gewerkschaftliche Aktivitäten werden durch Gewaltanwendung verhindert.

Deshalb fordert die Kreisdelegiertenkonferenz alle demokratischen Parteien auf,

- die Gründung des Vereins sofort zu verhindern,
- ein ausreichendes Freizeitangebot für die türkischen Jugendlichen zu organisieren, um sie dem Einfluß der ‚Grauen Wölfe‘ zu entziehen,
- auf allen Ebenen dafür zu sorgen, daß die Organisation der ‚Grauen Wölfe‘ verboten wird.

Oberst a.D. Türkes im Gefängnis. Da Herr Vocke und die FAZ aus ihrer Feindschaft gegenüber der orthodox-islamischen Partei nie ein Hehl gemacht haben, ist es klar, daß man die faschistische MHP meint. Er wendet sich offensichtlich gegen die Verhaftung von fast 90 leitenden Funktionären und die drohenden Gerichtsverfahren wegen Mordes und Anstiftung zum Mord. Diese fast offene Parteinahme von Herrn Vocke und der FAZ für die faschistischen Mörder in der Türkei mag manchen als Zufall,



anderen wiederum als folgerichtig und „natürlich“ erscheinen. Wir möchten es hier jedoch zum Anlaß nehmen, um auf die Beziehungen und Querverbindungen hinzuweisen, die im Interesse der Demokratie (nicht nur in der Türkei, sondern auch in der BRD) einer breiteren Öffentlichkeit bekannt sein sollte.

## Ecevit — ein Marxist?

Herr Harald Vocke war bereits schon 1978 durch seine Angriffe auf den damaligen Ministerpräsidenten Ecevit aufgefallen, den er einen „Marxisten“ nannte, „der für Moskau und Ost-Berlin schwärmt“ (FAZ vom 9.7.78). Gleichzeitig bemühte er sich, den MHP-Vorsitzenden Türkeş und seine Partei, deren maßgebliche Beteiligung an zahlreichen Mordüberfällen schon damals bewiesen war, als „Demokraten“ hinzustellen. Am 9.8.78 nannte H. Vocke die Vorwürfe gegen Türkeş und Anhänger „Wolfsfabeln“. Am 27.12.78, ausgerechnet drei Tage nach dem Massaker in Kahramanmaras, wo die faschistischen Banden der MHP über 100 wehrlose Frauen, Kinder und Männer niedermetzten, bezeichnete H. Vocke den Oberst Türkeş neben Demirel und Ecevit als Führer einer „der drei WICHTIGSTEN DEMOKRATISCHEN Parteien des Landes“, gleichzeitig versuchte er die Empörung gegen die „Grauen Wölfe“ angesichts des Blutbades als Ergebnis der „Auslandspropaganda“ der türkischen Linken hinzustellen. Inzwischen ist die unmittelbare Vermittlung der MHP gerichtlich bewiesen. Über die wegen ihrer Terrorüberfälle verhafteten „Grauen Wölfe“ schrieb Harald Vocke am 5.8.78: „Mehrere hundert Anhänger der Nationalen Bewegungspartei, die Ecevit als Rechtsradikale verfolgen läßt, leiden in türkischen Gefängnissen.“

Mit dieser uneingeschränkten Parteinahme für Türkeş und seine Mordbanden profilierte sich Harald Vocke und mit ihm die FAZ zu publizistischen Fürsprechern der türkischen Rechtsradikalen. Einem aufmerksamen Beobachter fällt auf, daß dieses Engagement der FAZ für zeitlich mit dessen geheimen Treffen mit F.J. Strauß im Mai 1978 in München zusammenfällt. Offenbar hat Türkeş auf seinen regelmäßigen Besuchen in der BRD nicht nur mit Herrn F. J. Strauß gesprochen.

## FAZ-Geschäftsführer und Türkeş-Anwälte

Doch die Unterstützung, die die Herren der FAZ dem Faschisten Türkeş gewähren, beschränkt sich nicht auf das Gebiet der Publizistik. Der Geschäftsführer dieser Zeitung, Herr Hans-Wolfgang Pfeifer ist Mitinhaber des Rechtsanwaltsbüros Spring und

## Sicherer Ort für Terroristen und Schreibtischtä



Faschisten-Führer Türkeş (1978 in Dortmund): Stets freundliche Behandlung durch deutsche Sicherheitsorgane

## Behörden dulden türkische Faschisten

**Mehrere türkische Rechtsextremisten, die in der Türkei wegen Mordtaten und Terroraktionen per Haftbefehl gesucht werden, halten sich, so melden türkische Zeitungen, unbehelligt in der Bundesrepublik auf.**

Unter ihnen ist auch der Mörder von Abdi Ipekci, Chefredakteur der liberalen Zeitung „Milliyet“. Den Polizei- und Sicherheitsbehörden sollte das bekannt sein – aber nichts wird unternommen. Das verwundert kaum. Denn mit Haftbefehl gesucht wird seit Mitte Oktober auch ein Serdar Celebi. Die Militärstaatsanwaltschaft in Ankara will ihn, wegen Beteiligung an Terroraktionen, vor ein Militärgericht stellen. Belege für die Anklage fand das Militär, nachdem mehrmals die Zentrale

In Ulm verhörte die politische Polizei einen türkischen Sozialdemokraten drei Stunden lang. Geladen war er, um rechtsradikale Schläger ausfindig zu machen, die kurz zuvor drei Journalisten überfallen hatten. Befragt wurde er über die Journalisten – was diese in Ulm gewollt hätten etc.

In Alzey griffen Mitte Oktober Graue Wölfe zwei bekannte Linke an und bedrohten sie mit einer Pistole. Durchsucht wurde von der Polizei das Lokal eines demokratischen Arbeitervereins, dem die beiden Linken angehörten. Die Polizei riß Plakate von den Wänden, darunter auch ein Plakat: „Faschismus in der Türkei – Graue Wölfe in der Bundesrepublik.“

### Großes Schweigen

Lokman Kondakci, ehemals ... der Türk-Föderation

In ihrer letzten Ausgabe vom 12. Dezember 80 berichtete METALL erneut über die türkischen Faschisten.

Lange in Frankfurt am Main. Dieses Büro wiederum vertritt den MHP-Führer Türkeş vor bundesdeutschen Gerichten, so zum Beispiel in dem Prozeß, den Türkeş 1979 gegen die IG Metall führte (offenbar war die Position des MHP-Führers nicht besonders gut – denn selbst diese „renommierten“ Anwälte konnten nicht verhindern, daß man Türkeş auch weiterhin ausdrücklich als Faschist bezeichnen darf).

Diese Zusammenhänge, sicherlich lediglich ein Bruchteil der dunklen Verbindungen, sind es wohl Wert, von den demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland aufmerksam beobachtet und weiterverfolgt zu werden. Dies ist umso wichtiger in diesen Tagen, wo gleich Dutzende von steckbrieflich gesuchten MHP-Mördern in der BRD Zuflucht suchen und offenbar von einflußreichen Kreisen gedeckt werden.

Claudia Schulmerich, GEW — Hessen

## Ein Skandal: Fehlende Aus- und Weiterbildung

**Türkei-Informationen:** Welche Veränderungen hält die GEW für erforderlich, um für ausländische Kinder Chancengleichheit in deutschen Schulen zu erreichen?

**Schulmerich:** Zu allererst einmal ist zu sagen, daß Lehrer für den Unterricht mit ihren ausländischen Schülern endlich mehr Zeit und damit auch Geduld brauchen. Denn alle pädagogischen Schwierigkeiten, seien es das Lehren der deutschen Sprache oder das Kennenlernen des Schülers und seiner nationalen Identität, kann der Lehrer nur mit erhöhter Zuwendung im Unterricht und mit ausführlicher Vorbereitung von spezifischen Arbeitsmaterialien für den einzelnen Schüler lösen.

Von daher hat die hessische GEW schon vor Jahren die Forderung: Doppelzählung ausländischer Schüler in den Klassen erhoben, was die Einstellung von mehr Lehrern für den Unterricht mit ausländischen Kindern zur Konsequenz hat. Unseren Forderungen haben sich zwar inzwischen viele Verbände, ja sogar Parteien angeschlossen. Geschehen aber ist nichts.

Welche pädagogischen Möglichkeiten es für den Unterricht selbst gibt, ist in einer Broschüre der GEW-Hessen ausführlich dargestellt. In Stichworten: ernstgemeinte Integration, d.h. gemeinsamer Unterricht mit deutschen Schülern, zusätzliche Förderung der ausländischen Schüler beim Erlernen der deutschen Sprache. Für uns ist dabei auch selbstverständlich, daß Unterricht in der Muttersprache und Beschäftigung mit der Heimatkultur in den Vormittagsunterricht hineingehören. Wie man dies im einzelnen schulisch löst, muß man den Schulen überlassen. Zu groß sind die Unterschiede zwischen den Ballungszentren und Landschulen. Aber überall muß etwas für ausländische Schüler getan werden. Daß wir Lehrer bisher dafür nicht ausgebildet sind, auch nicht ernsthaft weitergebildet werden, ist ein Skandal. Die GEW weiß aber, mit welchem persönlichen Einsatz viele Kollegen den ausländischen Schülern in unseren Schulen täglich im und außerhalb des Unterrichts helfen.



Claudia Schulmerich ist stellvertr. Vorsitzende der GEW-Hessen und Leiterin des Referats Bildung seit mehreren Jahren. Sie ist Lehrerin an einer Frankfurter Hauptschule mit hohem Ausländer-Anteil. Durch ihre Tätigkeit als Lehrerin an den Vorbereitungsklassen, dem Förderunterricht und den Regelklassen, konnte sie umfangreiche Erfahrungen mit den Problemen der Kinder ausländischer Arbeiter gewinnen.

**Türkei-Informationen:** Wie beurteilen sie derzeit die Chancen, daß sich grundsätzlich die Situation der Ausländerkinder in deutschen Schulen verbessert?

**Schulmerich:** Statt der Notwendigkeit nach mehr Lehrern für ausländische Schüler nachzukommen, legt die Hessische Landesregierung für 1981

einen Haushaltsplan vor, der sogar Lehrerstellen im Grundschulbereich streicht. Unglaublich. Die GEW meint dagegen, daß gerade in der Grundschule vorhandene Defizite ausländischer Schüler in der deutschen Sprache und den Kulturtechniken intensiv behoben werden müßten. Dann könnte man sich manche sogenannte „Förderung“ in späteren Jahren ersparen. Von daher ist es ein bildungspolitischer und ein gesellschaftspolitischer Skandal, daß von hessischen Politikern in Feiertagsreden die „armen“ Ausländerkinder bedauert werden, ihre schulische Situation aber von denselben Politikern nicht verändert, d.h. verbessert wird.

**Türkei-Informationen:** Sowohl die deutschen als auch die ausländischen Lehrer werden kaum für den Unterricht mit ausländischen Kindern vorbereitet. Was muß, was kann hier getan werden?

**Schulmerich:** Es kann sehr viel getan werden. Für die Universität gilt, daß schon während des Lehrerstudiums ein besonderer Studiengang für den Unterricht mit ausländischen Schülern vorbereiten müßte. Inhalte sollten z.B. sein: Deutsch als Zweitsprache für Ausländerkinder; besondere pädagogische Probleme des Unterrichts mit Ausländerkindern; Erlernen einer der Fremdsprachen einschließlich des soziokulturellen und politischen Bezugsrahmens dieses Landes. Das alles wäre nötig. Da aber die Einstellung von neuen Lehrern in den Schuldienst von der Hessischen Regierung fast total gestoppt wird, ist die Weiterbildung unserer Kollegen, die täglich unterrichten, besonders wichtig. Es gibt auch einzelne Lehrgänge und auch mehr als früher; es gibt aber bis heute keine Konzeption einer Lehrerfort- und Weiterbildung in diesem Bereich. Wie einfach es sich die Verantwortlichen machen, ist schon daraus zu ersehen, daß hier in Frankfurt, wo eine sehr hohe Prozentzahl der Schüler aus ausländischen Schülern besteht, die regionale Lehrerfortbildung zwar sehr gute inhaltliche Seminare anbietet — den Besuch dieser Seminare aber außerhalb der Arbeitszeit der Lehrer legt, d.h. zusätzliche Arbeit denen aufbürdet, die sowieso zeitlich und nervlich

überlastet sind. Dies hat zu einer breiten Verweigerung der Fortbildung durch die Lehrer geführt, die sich – deutlich gesagt – mit den schulischen Problemen von der Regierung und von ihrem zuständigen Minister alleine gelassen fühlen.

Ich möchte noch hinweisen auf den Modellversuch „Ausländerkinder“ an der Gesamthochschule Kassel, an dessen Durchführung und an dessen Ergebnissen die GEW sehr interessiert ist.

**Türkei-Informationen:** In einigen Großstädten gibt es Schulen, die einen Anteil von 80% ausländischen Schülern haben. Was sollte ihrer Ansicht nach unternommen werden, um ein günstigeres Verhältnis von deutschen und ausländischen Schülern zu erhalten?

**Schulmerich:** Als erstes ist festzuhalten, daß solche Zahlen Ergebnisse einer verfehlten Strukturpolitik und Ausländerpolitik sind. Diese zahlreichen ausländischen Schüler finden sich ja nicht in Villenvororten wieder, sondern bewohnen die Innenstädte oder Randgebiete mit schlechter Wohnstruktur.

Von daher kann die Schule solche Vorgaben durch noch so gute pädagogische Maßnahmen nicht aufheben. Wir müssen auf jeden Fall versuchen, eine andere personelle Zusammensetzung von Schulklassen möglich zu machen. Im Interesse aller Schüler und auch der Lehrer. Das Umherkutschieren ausländischer Schüler weg vom Wohngebiet, weg von der vertrauten Straße, weg von den deutschen Nachbarkindern kommt für die GEW-Hessen überhaupt nicht in Frage. Wir überlegen z.B. derzeit, ob durch eine Neueinteilung der Schulbezirke das Verhältnis von ausländischen und deutschen Schülern verändert werden kann. Aber wie gesagt: Notwendig wäre eine Neuorientierung in der Ausländerpolitik, die sich endlich darauf einstellen muß, daß mit der zweiten Ausländergeneration Menschen heranwachsen, die hier ihre Heimat haben. Daß sie sich auch heimisch fühlen können, ist unsere Aufgabe.

**Türkei-Informationen:** Was kann aus gewerkschaftlicher Sicht zu all den Maßnahmen gesagt werden, die mehr und mehr einen Sonderschulcharakter bekommen, wie z.B. die „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung“ (MBSE)?

**Schulmerich:** Vorneweg will ich sagen, daß die GEW mit Sorge das Ansteigen ausländischer Schüler in Sonderschulen registriert und auch öffentlich kritisiert, wie gering der Anteil dieser Schüler in den weiterführenden Schulen ist.

Die genannten MBSE-Maßnahmen lehnen wir entschieden ab. Diese „berufsvorbereitenden“ Maßnahmen züchten Hilfsarbeiter heran und liegen in

keiner Weise im Interesse ausländischer Jugendlicher. Statt einer industriellen Reservearmee fordert die GEW-Hessen die reguläre Berufsausbildung für jeden Jugendlichen – auch für jeden ausländischen Jugendlichen.

**Türkei-Informationen:** Welchen Einfluß haben die „Grauen Wölfe“ und die Koran-Kurse auf die Schüler aus der Türkei?

**Schulmerich:** Dies ist ein heikles Gebiet. Ich selbst weiß durch meinen Unterricht mit türkischen Schülern, daß es politisch und religiös fanatische türkische Schüler gibt und meine Kollegen bestätigen den Einfluß der Grauen Wölfe und der Koranschulen auf einzelne Schüler. Ich meine aber, daß es zu einfach wäre, alles Übel diesen Koranschulen zuzuweisen und von einem Verbot Abhilfe zu erwarten. Als Lehrer frage ich mich erst einmal, was meine Schüler dazu bringt, ihre eigene Nationalität in dieser Weise darzustellen und zu überhöhen – und andere Völker, andere Religionen, das Geschlecht der Frauen zu erniedrigen. Wenn ich dann erneut die Ghettosituation meiner Schüler betrachte, ihr häusliches Leben, ihr Leben in der Schule, ihre Isolation in der deutschen Bevölkerung, die Ablehnung, die sie erfahren, die wenigen Möglichkeiten, die sie haben, sich mit deutscher Kultur auseinanderzusetzen – dann erkenne ich die Triebfedern für den Rückzug, für die Flucht in das andere Ghetto, wo der Schüler dazugehört, wo seine Herkunft, seine Sprache anerkannt wird, wo er leider eine Identität und ein Selbstwertgefühl für sich entwickelt, das ihm unsere Gesellschaft vorenthält. Von daher sehe ich Koranschulen auch als eine schreckliche Antwort auf die Situation türkischer Kinder und Jugendlicher und ihrer Eltern in der Bundesrepublik. (Hier tickt wahrlich eine soziale Zeitbombe.)

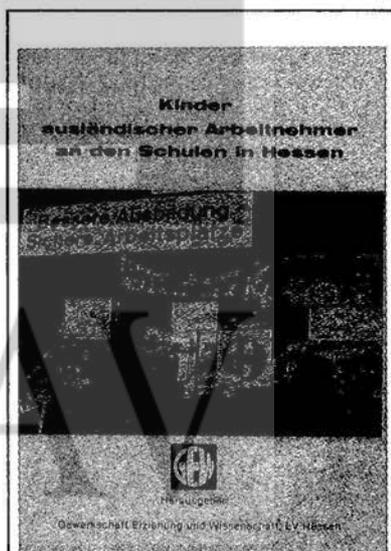
**Türkei-Informationen:** Wirkt sich der Einfluß der Militärjunta auch in den deutschen Schulen aus – etwa durch die regimetreuen Bildungsräte in der Botschaft und in den Konsulaten?

**Schulmerich:** Als wir im Sommer 1980 von der Absicht der türkischen Regierung hörten, türkische Lehrer in Hessen gegen „regimetreue“ Lehrer aus der Türkei auszuwechseln, wurden von DGB und GEW in einer sehr gut besuchten Protestveranstaltung eindeutig Position gegen solche Absichten bezogen. Wir führen es auf unser sofortiges Eingreifen, auf weitere Eingaben der GEW und auf die entschiedene Haltung des DGB zurück, daß in Hessen bisher noch keine Lehrer ausgetauscht wurden und daß auch keine „regimetreuen“ Lehrer zusätzlich eingestellt wurden. Dies erwartet die GEW auch für die Zukunft von der Hessischen Landesregierung. Wir erwarten aber auch, daß türkische Lehrer, die im hessischen Schuldienst arbeiten, vom Hessischen Kultusminister geschützt werden, d.h., daß ihre

Personalien nicht entgegen ihrem Wunsch dem Konsulat weitergegeben werden. Unsere Kollegen – und wir mit Ihnen – befürchten nicht ohne Grund politische Einflußnahme und Kontrolle. Die GEW wehrt sich auch dagegen, daß durch türkische Bildungsbeauftragte Schulaufsicht in deutschen Schulen ausgeübt wird. Wo dies der Fall ist, bitten wir unsere Kollegen, uns dies mitzuteilen. Die Schulaufsicht unterliegt allein den deutschen Behörden.

**Türkei-Informationen:** Wie stellt sich die GEW zu dem Verbot der progressiven Gewerkschaften durch die Junta in der Türkei, wie stellt sie sich zu dem Verbot des Lehrerverbandes TÖB-DER – und was gedenkt sie, diesbezüglich zu unternehmen.

**Schulmerich:** Hier sind GEW und DGB gemeinsam gefordert. Sie wissen aber selbst, daß wir, außer unsere Empörung über diese Taten mitzuteilen und unsere Solidarität mit den türkischen Gewerkschaftern auszusprechen, in der Türkei selbst wenig tun können. Ich meine aber, daß unsere hiesigen Kollegen aus der Türkei, die sehr zahlreich in der GEW organisiert sind, die deutsche Öffentlichkeit und auch die Lehrerschaft noch weitaus mehr über die politischen Verhältnisse ihrer Heimat und deren gesellschaftliche Ursachen und Hintergründe informieren sollten. Die GEW ist auch die Organisation dieser Kollegen und tritt für deren Interessen mit ein. Von daher kann ich nur zur breiten Mitarbeit auffordern. ■



Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hessen gab eine ausführliche Broschüre zur Lage der ausländischen Kinder an den hessischen Schulen heraus, an der Claudia Schulmerich und Doris Diamant mitgearbeitet haben.

Die Broschüre ist bei GEW-Hessen, Zimmerweg 12, 6000 Frankfurt/M für 1.50 DM erhältlich.

Diskussionsabend in Köln

# „Rechtsextremisten in Koran-Kursen weiterhin geduldet“

Am 4. Dezember fand in Köln-Nippes ein Diskussionsabend statt, zu dem die Evangelische Melancthon-Akademie eingeladen hatte. Das Thema: „Koran-schulen: Stätten der Religionslehre oder der Gewalt gegen Kinder?“ Vor mehr als 200 Teilnehmern in der überfüllten Aula diskutierten – unter der Leitung von Pastor Klaus Schmidt von der Akademie – Anke Brunn (SPD-MdL), Svea Wülfing (GEW), H. Klein (FDP) sowie Vertreter von FIDEF und dem Deutsch-Türkischen Verein über Entstehungsgründe, Inhalte, Träger und Funktion der Koran-Kurse in der Bundesrepublik.

Der FIDEF-Vertreter wies in seiner Einführung mit Zitaten und anderen Belegen nach, daß die Koran-Kurse nichts mit der „religiösen Unterweisung“ zu tun haben und in erster Linie den Trägern zur Indoktrination der Kinder und Jugendlichen im Sinne eines äußerst militanten, religiösen und vor allem nationalistischen Fanatismus dienen: „Diese Kinder und Jugendlichen, die keine Chance für eine gemeinsame, gleichberechtigte Beschulung unter Berücksichtigung ihrer Muttersprache haben, werden geradezu in die Arme diverser Sekten getrieben, die vor Gewalttaten nicht zurückschrecken.“

## Erziehung zur Intoleranz

Im Auftrage des GEW-Stadtverbandes Köln erläuterte Svea Wülfing die gewerkschaftlichen Positionen zur Erziehung zur Intoleranz in den Koran-Kursen und betonte, daß die Lösung nur in einer grundlegenden Verbesserung der Situation ausländischer Kinder im schulischen und vorschulischen Bereich liegt.

Anfragen an die Landesregierung zu stellen, die zu weiteren Ermittlungen zur Prüfung der vorliegenden Vorwürfe führen sollen, versprach die SPD-Landtagsabgeordnete aus Köln, Anke Brunn, nachdem sie sich ausführlich über die vermittelten Inhalte in den Koran-Kursen informierte: „Wir werden nicht zulassen, daß auf dem Boden der Bundesrepublik reaktionär-faschistische Aktivitäten gegen das Grundgesetz verstoßen.“

Der FDP-Vertreter betonte in seiner Stellungnahme zwar das in der Bundesrepublik grundgesetzlich garantierte Recht auf Religionsausübung; dies

könne jedoch nicht bedeuten, daß im Falle des Nachweises der erhobenen Vorwürfe unverzügliche Maßnahmen gegen die Koran-Kurse und faschistischen Zentren unterlassen werden sollten.

Bei der anschließenden Diskussion unter der regen Beteiligung der Zuhörer meldeten sich u.a. Vural Emre, Saliha Scheinhardt, Mitarbeiterin des Projekts Alfa, und Dr. Murat Aksoy zu Wort und lieferten beachtenswerte Beiträge. Vural Emre, Betriebsratsmitglied von Ford-Köln, hob die eindeutige Ablehnung dieser reaktionär-faschistischen Zentren durch den DGB hervor und forderte die Verstärkung der Aufklärungsarbeit unter der einheimischen Bevölkerung, damit die Politiker endlich unter den nötigen Druck gesetzt werden und gegen Verfechter menschenfeindlicher Ideologien vorgehen. S. Scheinhardt ging in ihren Ausführungen auf den Ablauf des Koran-Unterrichts und auf ihre persönlichen Erlebnisse in den Koran-Kursen ein, während Dr. Aksoy ein juristisches Gutachten unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Gesichtspunkte zu der Situation in den Koran-Kursen ankündigte.

## Tarnorganisationen für militante Sekten

Die Diskussion konzentrierte sich dann – neben der Tarnorganisation der neofaschistischen MHP „Türk-Föderation“ der Grauen Wölfe, die ebenfalls über eigene Koran-Kurse verfügen – auf die Islamischen Kultur-Zentren der Süleymanisten-Sekte und die einschlägigen CDU/CSU-Politiker, die ihnen auf verschiedenste Arten Unterstützung gewähren. Scharf kritisiert wurde auch ein Erlaß des Kultusministeriums in Nordrhein-Westfalen, in dem die Koran-Kurse mit Namen und Anschriften propagiert werden und trotz energischer Proteste seitens der DGB-Gewerkschaften immer noch nicht zurückgezogen worden ist. Ein Schreiben des Kultusministeriums, dessen Vertreter ebenso wie die Vertreter der Stadt Köln trotz Einladung der Veranstaltung fernblieben, wurde der Öffentlichkeit übergeben (Siehe Kasten).

Die teils anwesende Kölner Presse nahm von der streckenweise äußerst kritischen, aber mit großer Aufmerk-

samkeit verfolgten Diskussion auf ihre Weise Notiz: Sie fand sie offensichtlich keiner Zeile wert. Ob ihr Schweigen den verantwortlichen Stellen in Köln entgegenkommt, in der sich die Zentren fast aller Träger der Koran-Kurse befinden?

Erwähnt und diskutiert wurde noch die Ankündigung des türkischen Ministers, der für das staatliche Religionsamt zuständig ist, daß nunmehr sein Ministerium Koran-Kurse in der Bundesrepublik eröffnen wolle. Darin witterten die Teilnehmer die Gefahr der Einflußnahme der Militärjunta durch regimetreue Koran-Lehrer auf die Kinder und Jugendlichen aus der Türkei. ■

## Wozu Kindergartenplätze für Ausländerkinder?



Ein Arbeitskreis von Pädagogen und Eltern der Elterninitiative Köln-Nippes erarbeitete eine bemerkenswerte Broschüre: Wie im Vorwort angegeben wird, ist das Ziel „aus der genauen Kenntnis der Praxis vor Ort, die in anderen Großstädten ähnliche Lage der ausländischen Kinder im Vorschulalter exemplarisch“ aufzuzeigen. Die Hauptforderungen, die von umfangreichem Zahlenmaterial gestützt werden, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Kurzfristige Schaffung von erheblich mehr Kindergartenplätzen für Ausländerkinder;
- Gemeinsame Betreuung deutscher und ausländischer Kinder in allen Kindergärten;
- Wohnbereichsnahe Versorgung der Kinder mit Kindergartenplätzen;
- Verstärkte Einstellung von Kindergartenpersonal, besonders auch von ausländischen Mitarbeitern.

Kontaktadresse der Elterninitiative Nippes für gemeinsame Erziehung deutscher und ausländischer Kinder, über die auch die 30-Seiten starke Broschüre bezogen werden kann: Dr. Günther Jikeli, Flittarder Weg 5000 Köln-Niehl.

„Türkenklasse“:

# Lehrer schlägt Schüler krankenhausreif

Am 23. Oktober 1980 wurde ein Schüler aus der Türkei in der Hauptschule Dormagen-Mitte von seinem Lehrer so geschlagen, daß er im Krankenhaus stationär behandelt werden mußte. Während der Schüler noch jetzt wegen der psychischen Auswirkungen des Geschehens in Behandlung ist, übt der Lehrer weiterhin seine Tätigkeit aus.

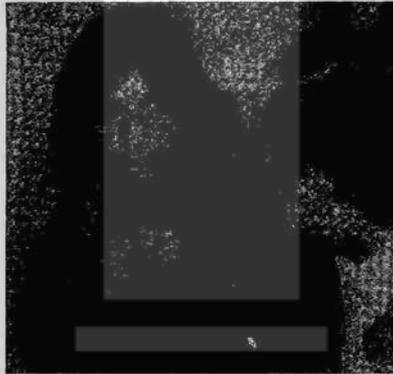
Zu dem Vorfall kam es gegen 11.00 Uhr, als der Schüler Sadi Kartal (17) einem seiner Kameraden einen Kugelschreiber zuwarf – dies nicht in böswilliger Absicht. Sein Lehrer Hulusi Altintas forderte ihn daraufhin auf, die Klasse zu verlassen. Als der folgsame Schüler dabei an dem Lehrer vorbeikam, verpaßte ihm dieser eine Ohrfeige, womit die Sache allerdings immer noch nicht erledigt war: Der Lehrer ging mit Sadi hinaus, um dort weiter auf den Jungen einzuschlagen, so daß dieser aus der Nase zu bluten anfing.

Sadi fiel bewußtlos um, als er zum Waschbecken ging, um das Blut zu stillen. Bemerkte dies aber erst, als er in der Pause von Klassenkameraden entdeckt wurde. Der Lehrer Altintas, der sofort von den Schülern benachrichtigt wurde, äußerte sich lakonisch: „Laßt ihn! Er kommt wieder zu sich.“ Trotzdem beförderten die Mitschüler Sadi in den Garten, damit er wenigstens frische Luft bekam. Als ihm auch dort nicht besser wurde, meldeten sie dem Schuldirektor, was vorgefallen war.

Daraufhin erst erfolgte die Einlieferung von Sadi Kartal in das Krankenhaus in Worringen – nun aber mit dem Rettungswagen. Im Krankenhaus mußte festgestellt werden, daß der Lehrer mit seinen Schlägen die Halswirbelsäule des Schülers verrenkt und eine Gehirnerschütterung verursacht hatte; beides wurde bis zum 13.11. stationär behandelt. Doch schon nach weiteren zwei Tagen fiel Sadi Kartal erneut in Ohnmacht, zu Hause im Bett. Wieder wurde er nach Worringen ins Krankenhaus gebracht, wurde diesmal aber auch noch von einem Facharzt an der Uni-Klinik in Düsseldorf untersucht.

Unter starken Depressionen leidend erzählte Sadi Kartal dem Arzt: „Zwei Männer mit Ketten und Pistolen kommen auf mich zu; sie wollen mich schlagen.“ Der Arzt empfahl die Überweisung in die psychiatrische Klinik der Universität Düsseldorf, wo der Junge bis heute in Behandlung ist.

Sadi Kartal kommt aus Kahramanmaraş in der Osttürkei. Diese Stadt wurde Weihnachten 1978 auch in der Bundesrepublik bekannt, nach dem Massaker der „Grauen Wölfe“. Im Anschluß an dieses Massaker wurde Kahramanmaraş eines der Hauptrekrutierungsfelder für die faschistische MHP, was hierzulande weniger bekannt geworden ist. Aufgrund dieser Entwicklung konnte Sadi Kartal – und mit ihm Zehntausende Bürger der Stadt – seines Lebens nicht mehr sicher sein. Er brach die Schule mit der 6. Klasse ab und kam zu seinen Eltern, die in der Bundesrepublik leben.



Sadi Kartal kam zunächst in eine „Türkenklasse“ der Hauptschule in Sonst. Sein Lehrer dort war schon damals Hulusi Altintas. Dieser fiel vor allem durch seine „Ermittlungen“ in Sachen Religion und Nationalbewußtsein auf: Ständig stellte er den Kindern Fragen wie: Welche Religion hast du? Bist du Schiit? Welche Nationalität hast du? Welchen Nutzen haben die religiösen Sekten? – Schulaufgaben, die zu stark und eindeutig religiösen und politischen Inhalten waren, mußte er sogar aufgrund des Protests von Schülern und ihrer Eltern annullieren.

## Einschüchterung im Unterricht

Als die Türkenklasse in die Hauptschule Dormagen-Mitte verlegt wurde, hatten die Schüler auch weiterhin keine Ruhe vor dem Lehrer Altintas. So passierte es, daß ein Vater seine beiden Kinder ausdrücklich wegen des Lehrers ummeldete; auch der Bruder von Sadi Kartal, er ist älter und hatte Altintas demzufolge schon früher „genossen“, hatte aufgrund ständiger Belästigungen schließlich die Hauptschule vorzeitig verlassen.

Der Vorfall am 23.10. rief die Eltern auf den Plan. Sie sammelten Unterschriften gegen den Lehrer: Nach Aussagen des Vaters Agca Kartal haben bisher fast alle angesprochenen Eltern unterschrieben. Von dem Schulamt wurde zwar ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, doch die Untersuchungen werden erheblich erschwert, weil der Lehrer nicht beurlaubt wurde und die Schüler deshalb befürchten müssen, daß ihre Aussagen Bestrafungen nach sich ziehen.

Und schließlich: Wollen die Kultusministerien wirklich zulassen, daß solche Vorfälle ungeklärt liegen bleiben? Würde damit nicht der Grundsatz der ausschließlichen Zuständigkeit deutscher Behörden auch für „Türkenklassen“ und Lehrer aus der Türkei durchlöchert, wenn nicht aufgehoben? Die Behörden können sich hier nicht aus der Verantwortung mogneln. Sie sind aufgefordert, bei der Einstellung türkischer Lehrer auf die von der GEW geforderten Grundsätze unbedingt zu achten und insbesondere gegenüber den aus der Türkei entsandten regimetreuen Lehrern besondere Vorsicht walten zu lassen.

(Fortsetzung von S. 21)

„Einheimische und ausländische Kollegen haben bei zahlreichen Lohn- und Tarifkämpfen, bei vielen Streikaktionen bewiesen, daß gemeinsames, solidarisches Handeln auf der Basis der Gleichberechtigung möglich ist. Dies muß auch auf andere Bereiche des sozialen und kulturellen Lebens hineingetragen werden!“ hieß es auf der Pressekonferenz.

Die rechtsextremistischen Kreise, die ständig den Fremdenhaß schürten und bereits mehrer Gewaltakte mit teilweise tödlichem Ausgang durchführten, fänden in Folge einer Ausländerpolitik, die Ausländern die soziale und politische Gleichstellung verweigere, einen fruchtbaren Boden. Das wirksamste Mittel im Kampf gegen den menschenfeindlichen Fremdenhaß sei daher die unverzügliche Verwirklichung einer realitätsnahen, an den Bedürfnissen des betreffenden Bevölkerungskreises orientierten Ausländerpolitik, die auch den Interessen der einheimischen Bevölkerung entspreche. So müsse u.a. sofort der am 1. Oktober eingeführte Visumszwang und die Einschränkungen der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse aufgehoben werden. ●

Fördermittel gestrichen:

# Ausländerkinder sollen benachteiligt bleiben

Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht irgendwo in der BRD ein Politiker von den Problemen der „Zweiten“ und „Dritten“ Ausländergeneration spricht, von den Kindern und den Jugendlichen der ausländischen Arbeiter.

Der Anteil an Ausländern bei den Einschulungen in vielen Städten beträgt schon 25% (Wohlgermerkt: im Durchschnitt!) – Schulen mit einem Ausländeranteil von bis zu 80% tauchen immer häufiger in Berichten der Regionalpresse auf.

## Konzept zur Lehrerausbildung dringend benötigt

Und immer häufiger berichten Lehrer auch von ihrem „Praxischock“, wenn sie in solche Schulen kommen: In fast allen Bundesländern ist es der Einzelinitiative der Hochschullehrer überlassen, ob und wie sie auf Probleme dieser Art vorbereiten, ob also Lehrerstudenten für die Situation, mit der sie sich in der Praxis auseinandersetzen müssen, qualifiziert werden. Ähnliches gilt für die Weiterbildung: Auch hier höchstens Flickschusterei – nach dem Motto: Lehrer, die freiwillig bereit sind, ein paar Stunden zu opfern, können ein paar Anregungen für den Unterricht bekommen; eine langfristige Konzeption ist in diesem „Angebot“ nicht enthalten.

Um so erfreulicher bei diesem Sachverhalt, so sollte man meinen, daß in Essen eine solche Konzeption zur Aus- und Weiterbildung von Lehrern für den Unterricht mit ausländischen Kindern entwickelt wird, daß man also bei dieser dringend anstehenden Frage nicht am Nullpunkt beginnen muß. Immerhin kann man in Essen auf inzwischen 6jährige Erfahrungen zurückblicken, 6 Jahre, in denen 3 Forschungsprojekte durchgeführt wurden, die zwar eher der Grundlagenforschung zuzurechnen sind, die aber ausgesprochen anwendungsbezogen waren: Bei der Arbeit mit Fördergruppen in den letzten Jahren wurden z.B. 80 türkische und 30 griechische Schüler erfolgreich auf den Unterricht in Regelklassen von Gymnasien vorbereitet. Dies in einer Zeit, wo die meisten ausländischen Schüler nicht einmal einen Hauptschulabschluß bekommen.

Kein Wunder also, daß Schüler, Eltern, Lehrer und Lehrerstudenten mit der Arbeit in Essen zufrieden waren. Eine Ausweitung könnte sicherlich helfen, die o.g. Misere an der Wurzel zu packen.

Nun wird das Essener Konzept aber nicht nur nicht ausgeweitet; wie wir in der letzten Ausgabe der Türkei-Informationen berichteten, sind im Haushaltsentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen für das Modell „Förderung von Ausländerkindern“ keine Mittel vorgesehen. Das bedeutet praktisch, daß die Arbeit sang- und klanglos mit dem Ende des Jahres abgebrochen werden muß.

Dagegen wehren sich die Betroffenen: Studenten, Lehrer, Professoren, Eltern und Schüler schlossen sich zusammen zu einem Initiativkreis, um die Arbeiten in Essen zu retten: Mit einer Unterschriftensammlung, mit Presseerklärungen und mit einer Informationsveranstaltung, die am 1. Dezember in der VHS in Essen durchgeführt wurde.

## Ein erfolgreicher Ansatz wird nicht weiterfinanziert

Dr. Meyer-Ingwersen informierte über die bisherige Entwicklung der Arbeit und Eltern und Schüler, Lehrer und Lehrerstudenten berichteten eindrucksvoll aus ihrer Sicht, wie sie bisher von diesen Arbeiten profitieren konnten.

Kollege Beser, türkisches Mitglied des Ausländerbeirats der Stadt Essen, verurteilte die Tendenz, das Sparprogramm auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen: Die erforderlichen 300.000,- DM sind in Anbetracht von 1,2 Mill. Ausländern in NRW geradezu lächerlich gering. Er erinnerte auch an die Verpflichtung der Bundesregierung gegenüber den ausländischen Familien, eine Verpflichtung, die mit der Unterschrift unter die Schlusßakte der KSZE ausdrücklich bestätigt wurde. Beser zitierte auch die Warnung des – ehe-



## Übersicht über wichtigste Arbeiten in Essen

### Grundlagenforschung:

Sprachentwicklung von jugoslawischen Schülern (1973 - 1975)

Sprachentwicklung von türkischen Schülern (1974 - 1980)

Sprachentwicklung von griechischen Schülern (1976 - 1979)

### Lehrer und Lehrerfortbildung

1. Problemorientierte Sprachkurse in den Sprachen: Türkisch, Griechisch, Serbo-kroatisch, Spanisch, Italienisch, Kurdisch (1980 z.B. 15 in Türkisch)

Ziel dieser Kurse: schulbezogene Sprachfähigkeit in den „Gastarbeiter-Sprachen“; Kontrast kennenlernen zur deutschen Sprache; Vermittlung von Strategien der Fremdsprachendidaktik;

2. Didaktische Seminare

### Arbeit mit Fördergruppen

Arbeit mit Kleingruppen von türkischen, griechischen und jugoslawischen Schülern in Kooperation mit Schulen.

### wichtigste Veröffentlichungen:

Stöltzing, Wilfried: Die Zweisprachigkeit jugoslawischer Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin - Wiesbaden, 1980

Meyer-Ingwersen/Neumann/Kummer: Zur Sprachentwicklung türkischer Schüler in der Bundesrepublik, Kronberg/Ts 1977

Weitere Informationen und Unterschriftenlisten des Initiativkreises zur Unterstützung der „Essener Arbeiter“ können angefordert werden bei: U. Schachner, Reginenstr. 63, 4300 Essen 1.

maligen – Bundesbeauftragten für Ausländerfragen H. Kühn: Was heute an Lehrern gespart wird, muß morgen um ein Vielfaches an Polizisten ausgegeben werden.

Während auf dieser Veranstaltung der Vorsitzende der GEW Stadtverband Essen sowie ein Vertreter der Jungsozialisten die Solidarität ihrer Organisationen mit den Forderungen des Initiativkreises erklärten, glänzten die verantwortlichen Landespolitiker und Vertreter der politischen Parteien durch Abwesenheit: Ob sie wohl gerade eine wichtige Rede zur „Chancengleichheit von Ausländerkindern in deutschen Schulen“ vorbereiteteten?

Zu einer Ausstellung in Frankfurt und München:

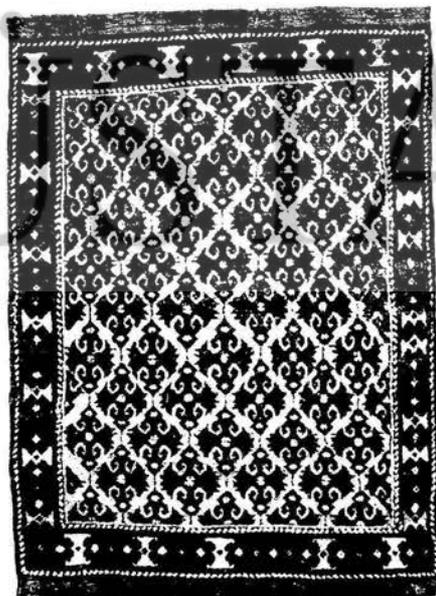
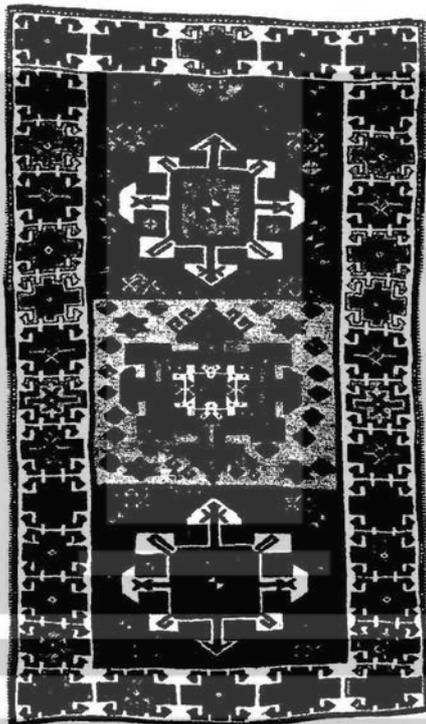
## Geschaffen von anatolischen Frauen

Schon 1398 kaufte Herzog Ludwig von Orleans „12 Plüschteppiche aus dem Türckenland“, und das Interesse Europas an dem orientalischen Teppich hat all diese Jahrhunderte hindurch bis heute nicht nachgelassen. 1978 erschien eine 152 Seiten lange Bibliographie der einhundertjährigen Orientteppich-Literatur, die den Umfang des wissenschaftlichen Interesses zeigt.

Seit einem Monat zeigt eine Ausstellung in Frankfurt 115 anatolische Teppiche aus dem 19. Jahrhundert. Die Teppiche, von Bauern und Nomaden geknüpft, wurden von 34 Leihgebern, unter denen sich auch Museen befinden, zur Verfügung gestellt und bilden deswegen eine seltene Gelegenheit, sie nicht wie sonst einzeln oder in kleinen Gruppen, sondern im größeren Zusammenhang zu betrachten.

Die Verfasser des ausführlichen Katalogs, (*Teppiche der Bauern und Nomaden in Anatolien*, Verlag Kunst und Antiquitäten, Hannover 1980, DM 180,-) W. Brüggemann und H. Böhmer, die auch die Ausstellung vorbereitet haben, waren lange Jahre in der Türkei beruflich tätig und haben dort ausgedehnte Forschungsreisen unternommen. Diese Tatsache trägt dazu bei, daß in dem Katalog ein landeskundlicher Rahmen in Form von mehreren Photos aus Anatolien und von einführenden Aufsätzen von W. Brüggemann über Anatolien und ihre ethnischen Fragen zu finden ist.

Die Beschränkung der Ausstellung auf das 19. Jahrhundert basiert unter anderem auch auf den Beschluß, die Teppiche mit synthetischen Farben nicht in die Auswahl aufzunehmen. Ein sehr wichtiger Beitrag des Katalogs nämlich ist die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse von Naturfarbstoffen und Färbepflanzen. H. Böhmer hat mit Hilfe der in der analytischen Chemie in des letzten Jahren entwickelten mikroanalytischen Methoden die Farbstoffe, die in der Färbung der ausgestellten Teppiche verwendet wurden, identifiziert. Etwa 30 verschiedene Naturfarbstoffe der jahrtausendealten Färbekunst der Teppichknüpfer in Anatolien werden im Katalog ausführ-



lich beschrieben. Die Identifizierung der Farbstoffe ist nicht nur an sich interessant. Sie bietet auch Anhaltspunkte für Datierungen der Teppiche. In dem Vorwort von Belkis Acar wird auf einen anderen wichtigen Aspekt dieser Forschungen hingewiesen, nämlich daß das wiederentdeckte Wissen um die natürlichen Farbstoffe wahrscheinlich auch der anatolischen Teppich- und Kelimerzeugung unserer Tage nützlich werden wird. Denn, wie H. Böhmer während seiner Forschungsreisen feststellen konnte, kennt sich mehr als hundert Jahre nach dem Auftauchen der ersten synthetischen Farbstoffe kaum jemand mehr in Anatolien in der Färberei mit Naturfarbstoffen aus.

Der nomadische Teppich ist nicht nur zur Zierde des Zeltens da, sondern ist ein notwendiger Gebrauchsgegenstand, z.B. als Schlafunterlage, oder als Grundlage der Wohnkultur schlechthin. W. Brüggemann schreibt: „Wir sollten uns nicht der modernen Barbarei schuldig machen, über der Sache ihren menschlichen Hintergrund zu versäumen; das ist hier die anatolische Knüpferin, der wir den Gegenstand unserer Faszination verdanken, in ihrer Umwelt“ So berechtigt dieser Anspruch ist, so bleibt er unserer Meinung nach in der Ausstellung unerfüllt. Die Teppiche hängen so wie in anderen Ausstellungen, abstrakten Bildern ähnlich, an den Wänden. Über die Bedingungen ihrer eigentlichen Herstellung und über die Herstellerinnen, die anatolischen Frauen, kann der Besucher der Ausstellung nichts erfahren. Nur einige Photos von anatolischen Frauen hängen isoliert beim Eingang.

Photos von nomadischen Knüpfstühlen, die H. Böhmer im Katalog erwähnt und gesehen haben muß, Zeichnungen oder Photos aus älteren Büchern über die Teppichherstellung in Anatolien oder sogar mögliche analoge Vergleiche z.B. mit der Teppichherstellung bei anderen nomadischen Turkvölkern in Mittelasien, über die in der Sowjetischen Fachliteratur geschrieben wurde, wären bestimmt dabei hilfreich, den menschlichen Hintergrund nicht zu versäumen.

Die Ausstellung wird in Frankfurt vom Museum für Kunsthandwerk im Karmeliterkloster vom 18.11.1980 bis 18.1.1981 gezeigt. Sie wird anschließend in München (Staatliches Museum für Völkerkunde, März-Mai 1981), in Krefeld (Textilmuseum, Juli-September 1981) und in Lübeck (Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Oktober 1981 - Januar 1982) zu sehen sein.

Senat übt sich in Völkerverständigung

## „Türkei-Woche“ in Berlin (West) abgesetzt

Die Türkei-Kulturwoche in West-Berlin, die vom Türkenzentrum, Türkisch-Deutschen Kulturverein und dem Kultussenator gemeinsam vorbereitet worden war und am 19. Oktober starten sollte, wurde vom West-Berliner Senat kurzfristig abgesetzt. Unter den ein- und eingeladenen Künstlern, die bereits nach West-Berlin gereist waren, befanden sich auch prominente Gäste wie Ruhi Su, Timur Selcuk, Zülfü Livaneli und der bekannte Volkssänger Ali Ekber Cicek.

Nach dem Putsch verweigerte die Militärjunta dem ebenfalls eingeladenen Orchester und Chor der Istanbul Stadtverwaltung kurzerhand und ohne jegliche Begründung die Ausreisegeneh-

migung und lieferte dem West-Berliner Senat den offensichtlich von diesem herbeigesehnten Vorwand zur Absetzung der Kulturwoche. Erleichtert ließ der Senat erklären, der an der „Türkei-Hilfe“ an die Putschgeneräle mit 70 Mio. DM dabei ist, daß die Woche ohne Teilnahme dieses Orchesters zu einem politischen Ereignis werden könne.

Zu diesem mit Empörung aufgenommenen Vorgang (die angereisten Künstler durften auch auf anderen Veranstaltungen nicht auftreten) heißt es in einer Erklärung des Türkenzentrums:

„Es ist besonders bezeichnend für die Haltung des Senats, daß während auf

der einen Seite der Militärdiktatur in der Türkei mit 70 Mio. DM unter die Arme gegriffen wurde, auf der anderen Seite die Türkei-Kulturwoche kurzfristig abgesetzt wurde. Obwohl alle Vorbereitungen nahezu abgeschlossen waren und viele prominente und fortschrittliche Theatergruppen und Volks-

sänger für ein reichhaltiges Kulturprogramm sorgen konnten, wurde die Woche mit der Begründung gestrichen, daß ein Orchester aus der Türkei nicht ausreisen durfte. Wir verurteilen diese Maßnahme des Senats und erklären, daß wir darin nichts anderes als eine Unterstützung der Junta in der Türkei sehen.“

Nazim Hikmet in West-Berlin

## „Menschenlandschaften“ auf der Bühne

Bereits seit mehreren Wochen wird im Künstlerhaus Bethanien unter der Regie des bekannten Dramatikers Vasif Öngören der große Gedichtszyklus von Nazim Hikmet, „Menschenlandschaften aus meiner Heimat“ in deutscher und türkischer Sprache präsentiert.

„Menschenlandschaften“ entstanden in den Jahren zwischen 1940 und 1947 in der Haftanstalt Bursa. Der große Dichter Nazim Hikmet, der wegen seiner politischen Gesinnung 17 Jahre seines Lebens in Gefängnissen verbringen mußte, arbeitete die von seinen Mithäftlingen gelieferten Erlebnisse in sein Werk ein. Ausgehend von einem Transport politischer Häftlinge in einem Zug skizziert er zunächst ihre und ihrer Wächter Lebensläufe, widmet sich den anderen Reisenden und läßt mit knappen Mitteln und anhand von meisterhaften Momentaufnahmen unaufdringlich ein Gesamtbild der türkischen Gesellschaft zu Beginn der 40er Jahre entstehen. Er vermittelt dabei



Meral Taygun  
im  
Künstlerhaus Bethanien.

nicht nur einprägsame Einblicke in die Klassenstrukturen seines Landes: Ursachen und Auswirkungen des 2. Weltkrieges sowie Entstehungsbedingungen des Faschismus werden ebenso unübersehbar deutlich, so z.B. als er in der Schlußphase die 18jährige russische Partisanin zu Wort kommen läßt.

„Menschenlandschaften“ werden im Künstlerhaus Bethanien in zwei getrennten Vorstellungen jeweils von einer Schauspielerin in deutsch und türkisch gespielt. Öngören konnte für die türkische Fassung die Mitwirkung der renommierten Schauspielerin Meral Taygun erreichen, die bereits in der Türkei als Interpretin von Nazim Hikmet große Erfolge feierte. In der von den Kritikern ebenso gelobten deutschen Fassung des rund zweistündigen Schauspiels, in dem als Requisit nur ein Koffer und einige Dias eingesetzt werden, ist Peggy Lukac von der Theatermanufaktur zu sehen.

# TÜRKEI

Informationen

Leben  
einzeln und frei  
wie ein Baum  
und brüderlich  
wie ein Wald  
ist unsere Sehnsucht!

Nazım  
Hikmet

# TÜSTAV